

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

II. LEGISLATURA  
II. LEGISLATURPERIODE

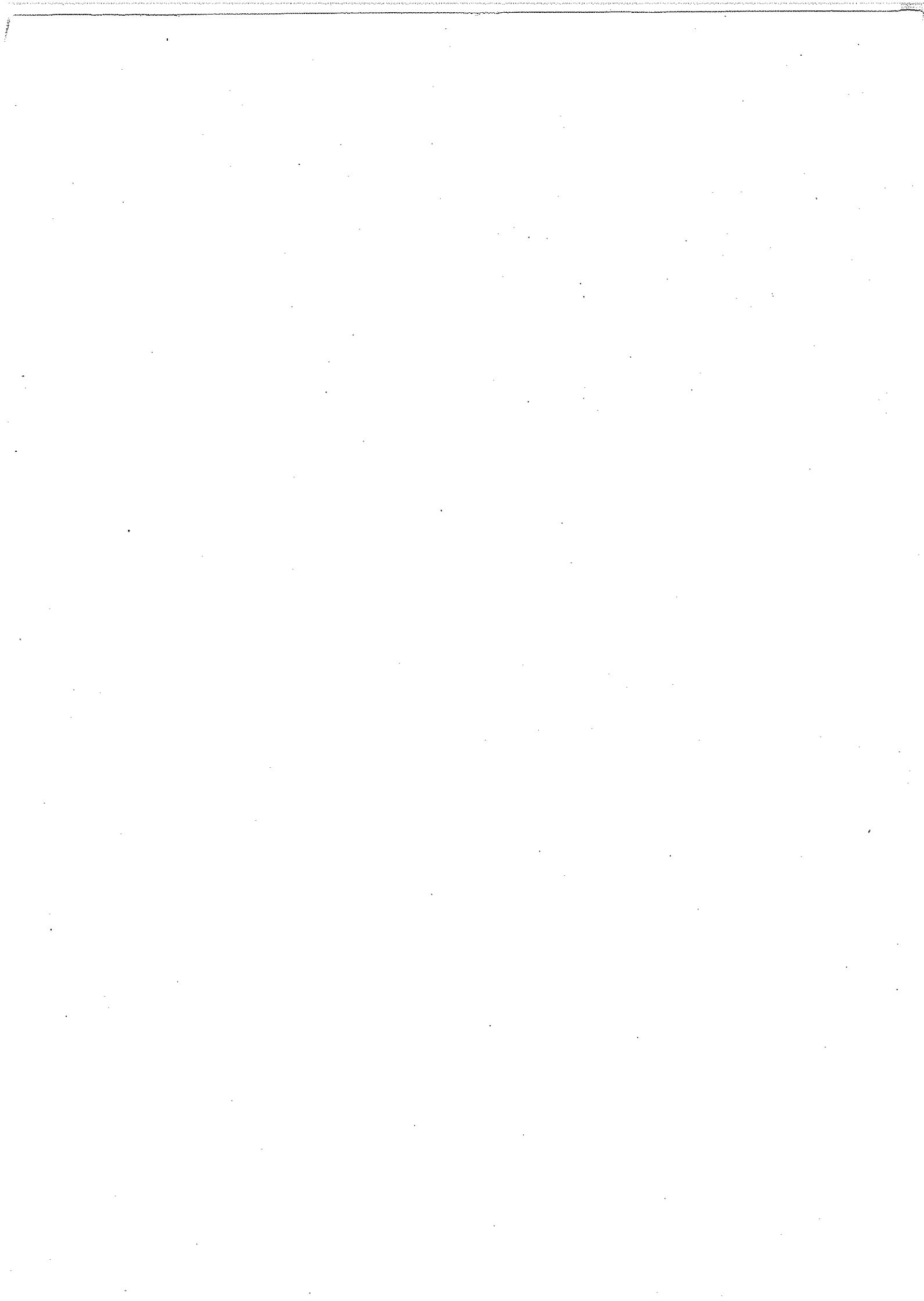
SEDUTA 120<sup>a</sup>te SITZUNG

21 - 6 - 1956

INDICE - INHALTSANGABE

Disegno di Legge n. 199: «Delega alle Province autonome di Trento e Bolzano di funzioni amministrative nelle materie agricoltura, foreste e corpo forestale, patrimonio zootecnico ed ittico, apicoltura, caccia e pesca, opere di bonifica» (proponenti i Consiglieri dott. Benedikter, dott. Brugger e ing. Pupp) . . . . . pag. 3

Gesetzentwurf Nr. 199: «Übertragung an die autonomen Provinzen Trient und Bozen von Verwaltungsbefugnissen auf den Gebieten Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Forstabteilungen, Vieh- und Fischzucht, Almwirtschaft, Jagd und Fischerei, Bodenverbesserungen» (Vorleger: die Ratsmitglieder Dr. Benedikter, Dr. Brugger und Ing. Pupp) . . . . . Seite 3



Bolzano, 21 giugno 1956.

Bozen, 21. Juni 1956.

PRESIDENTE: }  
PRÄSIDENT: } Dr. Silvius Magnago

VICEPRESIDENTE: }  
VIZEPRÄSIDENT: } Avv. Riccardo Rosa

Ore 9.50 Uhr.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

STOETTER (Segretario - S. V. P.): *(fa l'appello nominale)*.

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 20 giugno 1956.

STOETTER (Segretario - S. V. P.): *(legge il processo verbale)*.

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Il verbale è approvato. Prosegue la discussione generale sull'attuazione dell'art. 14 dello Statuto di autonomia.

La parola all'Assessore Benedikter per la continuazione dell'intervento iniziato nella seduta di ieri.

BENEDIKTER (Assessore Affari Generali - S. V. P.): Ich habe mich bereits früher mit der Frage des Verwaltungsrekurses beschäftigt und möchte mich nicht wiederholen, sondern nur an das anknüpfen, was ich bereits gesagt habe.

Die ASAR wollte seinerzeit die Einheitsregion und damit also auch den Wegfall jedes Verwaltungsrekurses über die Region hinaus. Es ist ausserdem abwegig, den Verwaltungsrekurs an Stelle des Rekurses an die Verwaltungsgerichtsbehörde nur deswegen zu verlangen, weil gegenwärtig durch das Fehlen einer örtlichen Verwaltungsgerichtsbarkeitsinstanz dieser Rechtszug erschwert ist. Denn es handelt sich dabei um zwei grundverschiedene Dinge. Das Verwaltungsgericht kann nur bei Verletzung eines Rechtes oder eines gesetzlich geschützten Einzelinteresses angerufen

werden, während der Rekurs von der niederen zu der höheren Verwaltungsinstanz auch den Gebrauch der Ermessensfreiheit betreffen kann. Auch stimmt es nicht, was Defant in seinem Bericht unter anderem ausführt, dass es normalerweise Verwaltungsrekurse gegen Gemeindebeschlüsse an den Landesausschuss gibt. Ebenso ist gerade das Umgekehrte von dem wahr, was Defant behauptet, dass nämlich ein Rekurs im allgemeinen zulässig sei, wenn das Gesetz nichts Gegenteiliges vorsieht; im Verhältnis zwischen verschiedenen öffentlichen Körperschaften ist ein Rekurs vielmehr nur zulässig, wenn er ausdrücklich vom Gesetz vorgesehen ist, und nicht umgekehrt. RR. Scotoni bestätigt diese Auffassung dadurch, dass er die Verwaltungsrekursmöglichkeit nur sieht bei eventueller Abänderung der Durchführungsbestimmungen über den Rechnungshof. RR. Defant hat andererseits recht, wenn er erklärt und in seinem Bericht auch ausführt, dass der 1. Absatz des Art. 14, der den Wortlaut hat: «Die Region übt ihre Befugnisse aus, indem sie sie überträgt», ein klares, rechtliches Gebot, eine Mussvorschrift enthält. Das erhellt auch aus dem Vergleich zwischen dem 1. und 2. Absatz des Art. 14, denn der 2. Absatz enthält eine reine Kannvorschrift für die Provinzen.

Assessor Bertorelle hat verschiedene Artikel des Autonomiestatuts erwähnt, um seinen Standpunkt zu untermauern. Ich möchte hier nicht die Ausführungen wiederholen, die in der Denkschrift des Abgeordneten Tinzl über die koordinierte Auslegung der Art. 13, 14, 38 und 48 des Autonomiestatuts enthalten sind, sondern möchte lediglich darauf hinweisen — denn ich glaube, es wird zu wenig darauf Bedacht genommen — dass der Art. 38 des Autonomiestatuts unter den Zuständigkeiten des Regionalausschusses die Verwaltungstätigkeit in jenen Angelegenheiten vorsieht, die von regionalem Interesse sind. Er spricht also nicht von Verwaltungstätigkeit in allen Angelegenheiten der regionalen Zuständigkeit, sondern nur in Angelegenheiten von regionalem Interesse, was soviel bedeutet, als dass nicht die gesamte Verwaltungstätigkeit in allen Sachgebieten, in denen die Region Gesetzgebungskompetenz hat, dem Regionalausschuss zuzustehen braucht. Hingegen enthält dann der Art. 48 unter den Zuständigkeiten des Landesausschusses in

Punkt 6) die Ausübung aller Befugnisse, die der Provinz durch andere Gesetze der Republik oder der Region übertragen werden. Damit ist geradezu darauf hingewiesen, dass der Landesausschuss eben Befugnisse ausüben kann, die ihm durch Gesetze der Region übertragen werden.

Assessor Bertorelle hat den Verfassungsartikel über das Referendum, über die Volksabstimmung zwecks Abschaffung von regionalen Gesetzen und auch von regionalen Verwaltungsverordnungen erwähnt. Ich mache darauf aufmerksam, dass in unserem Autonomiestatut im Art. 53 lediglich von einem Referendum, einer Volksabstimmung über regionale und provinzielle *Gesetze* die Rede ist. Zu unrecht hat dann Ass. Bertorelle den Art. 76 erwähnt, der vorsieht, dass der Regierungskommissär die Ausübung der der Region und den Provinzen delegierten Befugnisse beaufsichtigt. Hier dreht es sich um die sogenannten delegierten Befugnisse, nicht um die Befugnisse, die gemäss Autonomiestatut der Region und den Provinzen zustehen.

Hinsichtlich der Bilanzregelung schreibt der Art. 39 des Staatsgesetzes Nr. 62 vor, dass bei Übertragung von Befugnissen von der Region auf die Provinz das Regionalgesetz die finanziellen Beziehungen zwischen der delegierenden und der delegierten Körperschaft regeln muss. Das will bedeuten, dass Mittel aus dem Haushalt einer, der delegierenden, Körperschaft in den Haushalt der anderen, der delegierten, übergehen müssen. Aber abgesehen von dieser Bestimmung enthält unser Autonomiestatut im Art. 70 eine noch genauere Bestimmung, die gerade für die Delegierung wie geschaffen erscheint: um die Provinzen in die Lage zu versetzen, ihren Aufgaben und Funktionen, die im Gesetz vorgesehen sind, nachzukommen, weist der Regionalrat jährlich den Provinzen einen Anteil der regionalen Steuereinnahmen im Verhältnis zu dem Steuertrag in den Provinzen zu. Dazu besteht bereits ein durch Regionalgesetz geschaffener Präzedenzfall im Gesetz Nr. 32 vom 31. Dezember 1955, wo vorgesehen ist, dass der Regionalrat den Provinzen jährlich Fonds zuweist für die Ausübung der den Landesausschüssen übertragenen Befugnis der Zuweisung von Ausgleichsbeiträgen an die Gemeinden.

Bezüglich des Überganges der Ämter: Hier hat Assessor Bertorelle folgendes zugegeben, und es ist sehr wichtig, das festzuhalten: In beiden Anwendungsfällen des Art. 14 — der Übertragung von Befugnissen und des Sich-Bedienens der Ämter — hat er gesagt, «*comunque gli uffici necessari all'esercizio delle funzioni sono quelli dell'Ente minore*». Also auf jeden Fall müssen die für die Ausübung der delegierten Befugnisse notwen-

digen Ämter Ämter der delegierten Körperschaft sein. Jedoch schliesst er mit der Feststellung, dass, nachdem die Region hier Ämter vom Staat übernommen hat, also selbst Ämter gewissermassen besetzt, eine Delegierung der Befugnisse nicht möglich ist, weil die Region diese Ämter nicht abgeben könne, wodurch sich der weitere Schluss ergäbe, dass auf dem Gebiete der Landwirtschaft und des Forstwesens eine Anwendung des Art. 14 überhaupt ausgeschlossen wäre. Dasselbe würde dann auch z. B. für die Sozialfürsorge gelten, wo die Region bereits eine Aussenstelle in den Provinzen geschaffen hat, jedenfalls in der Provinz Bozen; dieses Prinzip, folgerichtig weiter entwickelt, würde dazu führen, dass überall dort, wo die Region ihre Befugnisse bereits durch sei es auch nur zentrale Ämter, die Assessorate in Trient, ausübt, auch eine Dezentralisierung, eine Übertragung der Befugnisse deswegen nicht möglich ist, weil die Region die Ämter eben schon hat. Also könnte die Region die Befugnisse übertragen, müsste jedoch die Ämter behalten und müsste den Provinzen die Organisationen für die Ausübung dieser Befugnisse durch die Einrichtung neuer Ämter überlassen. Das heisst, die Region müsste in diesem Falle ihre Ämter praktisch aufheben. Nun, auf Grund des Art. 4 des Autonomiestatutes hat die Region volle Verfügungsgewalt über ihre Ämter; sie kann dieselben auch übertragen, wenn sie gleichzeitig die andere, die delegierte, Körperschaft verpflichten kann, diese Ämter zu einem Zwecke zu übernehmen, der den ursprünglichen Aufgaben dieser Ämter entspricht und der in unserem Falle sogar ausdrücklich vorgesehen und vorgeschrieben ist.

Assessor Bertorelle hat hier einen Präzedenzfall aus Sardinien zitiert, wo im Wege von Durchführungsbestimmungen das regionale Landwirtschaftsinspektorat — also nicht die provinziellen Inspektorate, sondern das Regionalinspektorat, das «*Ispettorato compartimentale dell'Agricoltura*» — nicht auf die Region übergeleitet wurde, sondern nur hinsichtlich der Ausübung gewisser Befugnisse der Region unterstellt worden ist, also eine Form sogenannter funktioneller Abhängigkeit. Ich weise darauf hin, dass die Region Sardinien gerade diesen Artikel der Durchführungsbestimmungen, die mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 19. Mai 1950 Nr. 327 erlassen worden sind, beim Verfassungsgerichtshof wegen Verletzung des Autonomiestatutes angefochten hat.

Ass. Bertorelle hat dann gemeint, die Region könnte mit ihrem Gesetz nicht staatliches Personal weiterkommandieren. Tatsächlich ist aber die Formulierung des Gesetzes so, dass nicht die Region das staatliche Personal weiterkommandiert,

sondern lediglich vorgesehen ist, dass mit Zustimmung des Staates und des einzelnen Beamten dieses Personal von der Provinz in Kommandostellung übernommen werden soll.

Ass. Bertorelle hat auch auf den Art. VIII der Übergangsbestimmungen zur Verfassung hingewiesen und besonders darauf, dass dort nur von der Region die Rede ist. Im allgemeinen kann behauptet werden, dass überall dort, wo in der Verfassung von den Regionen die Rede ist, diese Bestimmung auch auf die autonomen Provinzen, welche nichts anderes sind als kleinere Regionen, angewendet werden muss, soweit sie überhaupt anwendbar ist. Tatsächlich hat der Staat diese Anwendung der Bestimmungen über die Regionen im allgemeinen auch auf unsere autonomen Provinzen überall dort durchgeführt, wo es ihm zweckmässig erschienen ist. Ich weise darauf hin, dass unsere Handwerksordnung angefochten worden ist wegen der Verletzung des Art. 120 der Verfassung, welcher besagt, dass die Regionen in ihrer Gesetzgebung nicht den freien Personen- und Güterverkehr innerhalb des italienischen Staatsgebietes behindern dürfen und überall die freie Ausübung des Berufes garantiert werden soll. Wenn man also diese Auslegung annehmen wollte, dann könnte ein Provinzgesetz nicht mit Hinweis auf eine Bestimmung, die nur von Regionen spricht, angefochten werden. Ebenso sind auf Grund des Art. 125 der Verfassung hinsichtlich der Kontrolle durch den Rechnungshof die Provinzen mit der Region gleichgestellt worden.

Es war auch die Rede von dem Chaos — das Wort «marasma» ist gefallen — das eintreten würde, wenn die Ämter auf die Provinz übergehen sollten. Wie wir wissen, sind die Ämter, um die es sich hier dreht, seinerzeit mit ihren Befugnissen, so wie sie in den noch geltenden Gesetzen enthalten sind, vom Staat auf die Region übergegangen und haben ihre Befugnisse weiter ausgeübt. Dasselbe würde eintreten, falls diese Ämter von der Region auf die Provinz übergehen sollten. Sie würden also ihre bisherigen Befugnisse weiter ausüben, während gewisse Agenden, die bisher vom Regional-Assessorat für Landwirtschaft behandelt worden sind, eben von den Landesassessoraten besorgt würden und die Beschlüsse, die bisher vom Regionalausschuss gefasst worden sind, von den Landesausschüssen gefasst würden. Ich sehe nicht ein, warum hier zwangsläufig ein Chaos, ein unerträgliches Durcheinander entstehen müsste.

Leider übt der Regionalausschuss heute, 7 Jahre nach Inkrafttreten des Autonomiestatuts und 5 Jahre nach Erlass der Durchführungsbestimmungen über die Landwirtschaft, praktisch bei weitem nicht alle Befugnisse aus, die in den

von uns angeführten Gesetzen vorgesehen sind.

Die Befürchtung, der Regionalausschuss könnte arbeitslos werden, ist wahrhaftig fehl am Platze. Die wirkliche Übernahme der Befugnisse der Staatsgewalt geht im Schneckentempo voran und von der Anpassung der Staatsgesetzgebung und der auf Grund der Staatsgesetze erlassenen Verordnungen an unsere Verhältnisse ist schon gar keine Rede.

Die Frage, ob, abgesehen und unabhängig von der Abänderung der Staatsgesetze, der Regionalausschuss die Durchführungsverordnungen zu den Staatsgesetzen abändern könne, möchte ich bejahen. Es ist hier auch ein Präzedenzfall geschaffen durch das vom Regionalrat genehmigte Berggesetz, wo wir im Art. 2 besagen, dass die Verwaltungsbefugnisse, die im Sinne des genannten Gesetzes den Staatsabteilungen übertragen sind, im Gebiete der Region durch die Region oder durch die Provinzen mittels der eigenen Ämter und Organe und gemäss den entsprechenden Zuständigkeiten ausgeübt werden. Das ist eine Überleitung, die ganz allgemein gefasst ist, die aber als solche es ermöglichen soll — und vom Standpunkt des Staates es auch ermöglichen kann — dass die Ausübung der Befugnisse, die bisher staatlichen Organen zugeschrieben waren, durch die Region und durch die Provinzen erfolgen soll. Weiters ist dort vorgesehen, dass die Region die Durchführungsverordnungen zum staatlichen Berggesetz abändern könne.

Die Frage, was mit den Gesetzen anzufangen ist, die vor den von uns im Art. 1 aufgezählten Gesetzen erlassen worden sind, möchte ich dahingehend beantworten, dass wir eine Reihe von Gesetzen aufgezählt haben, die alle organisch umfassend den Gegenstand regeln, weshalb nach den allgemeinen Grundsätzen über das zeitliche Aufeinanderfolgen der Gesetze ein Gesetz, das eine Materie umfassend regelt, das vorausgehende Gesetz aufhebt, wenn nicht ausdrücklich gewisse Bestimmungen aufrecht erhalten bleiben, die dann eben Teile des nachfolgenden Gesetzes werden.

Zur Frage der Befugnisse der Inspektorate, die von RR. Scotoni aufgeworfen wurde: Diese Befugnisse bleiben unangetastet, so wie sie beim Übergang vom Staat auf die Region unangetastet geblieben sind. Die Frage, wer denn eigentlich zuständig sei, die Organisation dieser Ämter abzuändern, die Region oder die Provinz, ist unserer Ansicht nach eine nicht aktuelle Frage, eine cura posterior, denn Region und Provinz sind bei uns dieselben Personen. Entweder man einigt sich hinsichtlich der Zuständigkeit, was dann auch vom Inhalt der eventuellen Abänderungen abhängen wird, oder man einigt sich nicht; im

letzteren Falle kann es zu einer Verfassungsklage kommen entweder der Region, die ein Provinzgesetz anfight, oder der Provinz, die ein Regionalgesetz anfight.

Es heisst dann, die Landesausschüsse seien an sich schon überlastet; erstens hätten sie die Gemeindeaufsicht, zweitens ihre autonomen Befugnisse, drittens die gewöhnliche Provinzverwaltung. Das ist richtig. Jedoch glauben wir, dass nur auf dem Wege der Übertragung der Befugnisse auf die Landesausschüsse die Möglichkeit geschaffen ist, die Landwirtschaftskammern organisch in ihrer Stellung und in ihrer Funktion aufzubauen und einzurichten. Die Landwirtschaftskammern würden daher Hilfsorgane des Landesausschusses werden, welche die Programme vorberaten, die dann vom Landesausschuss grundsätzlich genehmigt werden, und denen auch wieder die Ausführung im einzelnen obliegen würde, also auch die Beschlüsse über die Detailausführung der Programme, ohne dass hiezu eine neue öffentlich-rechtliche Körperschaft mit eigenem Apparat geschaffen werden müsste. Gerade deswegen haben wir in unserem Vorlagebericht auf einen einzigartig dastehenden Präzedenzfall in der italienischen Gesetzgebung hingewiesen, die Schaffung von Landwirtschaftskammern als Organe der Provinzen durch ein Gesetzdekret vom 30. Dezember 1923, wobei der Haushalt, aus dem die Landwirtschaftskammern ihre Mittel schöpften, eben ein Teil des Provinzhaushalts war, während die Provinzen diese Mittel hätten vom Ministerium bekommen sollen für eine umfassende Verwaltung des landwirtschaftlichen Sektors und auch für die normative Regelung des land- und forstwirtschaftlichen Sektors im Verordnungswege. Es ist dort vorgesehen, dass der Haushalt der Landwirtschaftskammern vom Provinzrat, vom Landtag, beschlossen wird, dass der Landesausschuss alle finanziellen Verfügungen trifft, dass die Dienste der Landwirtschaftskammer in den Rahmen der Provinzverwaltung eingebaut sind, während die Landwirtschaftskammer als solche die Programme ausarbeitet, den Haushalt entwirft und die grundsätzlichen Beschlüsse des Landesausschusses durchführt.

Ich habe gestern betont, dass wir an dem ursprünglichen Entwurf, den Regionalassessor Dietl seinerzeit im Regionalausschuss eingebracht hat, wesentliche Abänderungen vorgenommen haben, und zwar mit der Absicht, oder unter dem Zwang, besser gesagt, vor dem Verfassungsgerichtshof bestehen zu können. Diese wesentlichen Abänderungen können in drei Punkten besonders hervorgehoben werden: die Aufzählung der Gesetze im Art. 1 an Stelle der ganz allgemein gehaltenen

Übertragung aller Befugnisse auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft, die Aufzählung also einer gewissen Anzahl von Gesetzen, wobei in unserem Bericht auch darauf hingewiesen wurde, dass eine Menge von Sachgebieten, in denen die Region zuständig ist, in diesen Gesetzen nicht behandelt wird, also der Region vorbehalten bleibt; dann der Vorbehalt von Befugnissen, die auch nach diesen Gesetzen dem Regionalausschuss zustehen; und schliesslich und endlich die Kontrolle durch den Regionalausschuss, indem sich der Regionalausschuss in Ausnahmefällen auch an die Stelle des Landesausschusses setzen kann. Diese Änderungen bedeuteten eine Aufgabe gewisser grundsätzlicher Auffassungen unsererseits über die Auslegung des Art. 14, eben im Hinblick auf den Zwang, der gewissermassen in der Ankündigung enthalten ist, das Gesetz unbedingt vor den Verfassungsgerichtshof zu bringen. Wir möchten hoffen, dass die Regierung Segni dem Gesetz und uns Gerechtigkeit widerfahren lässt, ohne dass der Verfassungsgerichtshof belästigt wird.

Es wird uns oft vorgehalten, dass wir vom Regionalstatut nicht nur die uns angenehmen Seiten herauskehren dürfen, sondern das Statut als Ganzes nehmen müssen. Ich möchte der Partei der Democrazia Cristiana hier sagen: ihr habt das Regionalstatut mehr als wir gewollt und somit auch den Art. 14; ihr gebt selbst zu, dass unsere Auslegung des Art. 14 rechtlich zulässig, wenn auch nicht die einzig mögliche ist, indem ihr erklärt, dass eigentlich nur der Übergang der Ämter der Stein des Anstosses ist, und zwar aus Gründen der örtlichen politischen Zweckmässigkeit. Hinsichtlich des Personals dieser Ämter haben wir uns bereit erklärt, die von euch verlangten Garantien zu geben und im Gesetz zu verankern, soweit sie überhaupt mit dem Übergang der Ämter und mit der Fassung des Regionalgesetzes vereinbar sind. Aber ich möchte noch einmal auf die eingangs erwähnte besondere politische Bedeutung der Annahme und des Inkrafttretens dieses Gesetzes zurückkommen; es dreht sich für euch, für die DC, und für uns um mehr als die Durchführung irgendeines Teiles des Autonomiestatuts. Für uns handelt es sich um die teilweise Wiedergutmachung des uns durch die Majorisierung in der Region zugefügten widernatürlichen Unrechtes, das dem Grundgedanken der Autonomie einer kleinen Volksgruppe im Wesen widerstreitet. Euch bietet sich die Chance, durch eine wirkliche, spontane Zustimmung und durch die politische Unterstützung des Gesetzes die innere Einstellung unserer Bevölkerung zu der uns aufgezwungenen Regionalautonomie zu bessern und damit die Region moralisch zu konsolidieren.

Nur die Verwirklichung des Art. 14 kann die Region festigen und nicht umgekehrt, wie gewisse meinen.

Ho detto che non voglio ripetermi e mi allaccio a quanto ho detto ieri. L'ASAR a suo tempo volle la Regione unica ed unitaria e quindi volle anche il venir meno del ricorso amministrativo. Sarebbe erroneo chiedere il ricorso amministrativo al posto del ricorso giurisdizionale, solo per il fatto che attualmente il ricorso giurisdizionale è reso più difficile per la mancanza di una istanza locale di giustizia amministrativa, poichè si tratta di due cose essenzialmente diverse. Il Tribunale di giustizia amministrativa può essere invocato solo in caso di violazione di un diritto o di un interesse protetto dalla legge, mentre il ricorso amministrativo dall'ente minore all'ente maggiore può anche concernere l'uso della facoltà discrezionale della potestà amministrativa. A differenza di quanto afferma Defant nella sua relazione, non esiste il ricorso amministrativo dal Comune alle Giunte Provinciali, all'organo di controllo, salvo casi speciali dove è prevista la forma dell'opposizione; ed ancora non esiste nei rapporti fra enti pubblici il principio che, ove la legge non disponga, sia ammesso il ricorso cosiddetto impropriamente gerarchico. Anzi è vero il contrario, che cioè per essere ammessa questa forma di ricorso impropriamente gerarchico è necessaria un'apposita ed espressa disposizione. Il cons. Scotoni conferma questo punto di vista, in quanto vede una possibilità di instaurare il ricorso amministrativo solo mediante revisione delle norme di attuazione sul controllo della Corte dei Conti che è esercitato in modo uniforme e uguale sulla Regione e sulle Province.

Ha ragione Defant quando dice che il primo comma dell'art. 14 non ha una forma indicativa, ma contiene un imperio, un comando legislativo, a differenza del secondo comma, il quale contiene una norma dispositiva. Il primo comma dice: «La Regione esercita normalmente delegando»; il secondo comma dice: «Le Province possono delegare».

Circa il coordinamento interpretativo degli articoli 13, 14, 38 e 48 dello Statuto, citati anche dall'Assessore Bertorelle, non vorrei ripetere quanto svolto nel Memorandum Tinzl; vorrei solo richiamare l'attenzione, perchè forse non è stato fatto sufficientemente, sull'art. 38, punto 2), in cui non si dice che la Giunta Regionale esercita l'attività amministrativa in tutte le materie di competenza della Regione, ma «l'attività amministrativa per gli affari di interesse regionale», e quindi lascia aperta la possibilità che le attività amministrative nelle materie di competenza della

Regione siano anche esercitate da un altro ente. Inoltre l'art. 48, punto 6), dice che «le Province e le Giunte Provinciali esercitano le altre attribuzioni demandate loro da altre leggi della Regione», e quindi è previsto che la Regione demandi attribuzioni alle Province, evidentemente in connessione con l'art. 14.

Poi ritengo che l'articolo della Costituzione circa il referendum sia stato citato a torto, in quanto che il nostro articolo 53 sul referendum parla di referendum solo con riferimento alle leggi, a differenza della Costituzione, e quindi non con riferimento ad atti amministrativi.

Inoltre l'art. 76 certamente non c'entra, in quanto qui si parla della vigilanza del Commissario del Governo sull'esercizio da parte della Regione, delle Province e degli altri enti pubblici sulle funzioni ad esse delegate dallo Stato; quindi non c'entrano le funzioni di competenza della Regione, eventualmente delegate dalla Regione alle Province.

Circa il regolamento dei rapporti finanziari, l'art. 39 della legge N. 62 parla appunto dell'obbligo della legge regionale di delega di regolare i rapporti finanziari fra i due enti, e ciò evidentemente implica che vi siano dei mezzi finanziari che passino dal bilancio di un ente al bilancio di un altro ente delegato. Inoltre il nostro Statuto contiene l'art. 70, che senz'altro può ritenersi applicabile anche al caso della delega, anzi si può dire che quadra esattamente anche per il caso della delega, in quanto prevede che «per adeguare le finanze delle Province al raggiungimento delle finalità e all'esercizio delle funzioni stabilite dalla legge» — e qui dovrà comprendersi anche la legge della Regione — «...ad esse è assegnata annualmente dal Consiglio Regionale una quota delle entrate tributarie della Regione». Comunque abbiamo omessa la menzione dell'art. 70 per venire incontro al desiderio espresso nella Commissione.

Circa il passaggio degli uffici, lo stesso Assessore Bertorelle ha ammesso nel suo discorso che comunque gli uffici necessari all'esercizio delle funzioni delegate sono quelli dell'ente minore, però ha detto ulteriormente che avendo la Regione avuto questi uffici, questi Ispettorati dell'agricoltura e foreste, e non potendo passare questi uffici alle Province, non sarebbe possibile la delega, cioè che per tutto il settore dell'agricoltura e foreste l'applicazione dell'art. 14 sarebbe esclusa. Ragionando così anche per il settore alle attività sociali, esistendo già un ufficio periferico della Regione, escludiamo l'applicazione dell'art. 14, e lo stesso vale per quelle funzioni che la Regione esercita con propri uffici centrali, con i propri Assessorati, in quanto esercitandole con propri uffici

non potrebbe più delegarle. La Regione quindi potrebbe delegare delle funzioni senza passare gli uffici, e dovrebbe allora demandare alle Province il compito di organizzare l'esercizio delle funzioni delegate, organizzando propri uffici, cioè la Regione sarebbe costretta a sopprimere i propri uffici. Ora, in base all'art. 4 dello Statuto, la Regione ha piene disposizioni sui propri uffici, e può, a parere nostro, anche trasferire; e soprattutto ciò sarà giustificato se trasferisce a un altro ente in connessione con il trasferimento di attribuzioni amministrative per l'assolvimento delle quali sono stati creati questi medesimi uffici, e quando questo trasferimento di attribuzioni è anche prescritto nello stesso Statuto di autonomia. Lo stesso Assessore Bertorelle ha menzionato come precedente quello delle norme di attuazione per la Sardegna, ove l'Ispettorato compartimentale dell'agricoltura era conservato allo Stato e invece sottoposto alla dipendenza funzionale della Regione per l'esercizio delle funzioni di competenza della Regione. Osservo solo che la Regione sarda ha fatto ricorso alla Corte Costituzionale su questo art. 7 delle norme di attuazione del 19 maggio 1950, in quanto ritiene lesiva dell'autonomia regionale questa forma di non passaggio di dipendenza funzionale di uffici che assolvono prevalentemente compiti di competenza della Regione. E' stato parlato di marasma che succederebbe con il passaggio di questi uffici. Vorrei notare che questi uffici sono passati dallo Stato alla Regione continuando ad esercitare la loro attribuzione secondo le leggi esistenti e che continuano ad aver vigore senza creare alcun marasma, e credo che non si sia mai generato alcun caos o marasma in seguito al passaggio degli uffici dallo Stato alla Regione, e non vedo come questo marasma dovrebbe verificarsi quando gli stessi uffici con le stesse attribuzioni passano dalle dipendenze della Regione alle dipendenze della Provincia.

Alcune agende poi passeranno dall'Assessorato regionale all'Assessorato provinciale dell'agricoltura, mentre molte delibere finora prese dalla Giunta Regionale saranno prese dalle Giunte Provinciali. Purtroppo ancora oggi, a 7 anni dall'entrata in vigore dello Statuto di autonomia, ed a 5 anni dall'emanazione delle norme di attuazione in materia di agricoltura, la Giunta Regionale praticamente esercita solo una piccola parte delle funzioni amministrative che essa dovrebbe esercitare in base alle leggi statali che, secondo l'art. 92 dello Statuto, sono applicate alla Regione, però con riferimento agli organi regionali. La preoccupazione che la Giunta Regionale possa diventare disoccupata non è certamente fondata. L'assunzione di funzionari già pertinenti allo Stato da

parte della Regione procede lentissimamente, senza parlare di quel necessario adattamento della legislazione statale sulle materie di competenza regionale alle nostre condizioni particolari.

In merito alla questione sollevata da Scotoni, in parte nel suo discorso ed in parte anche nella sua relazione, circa la competenza della Giunta Regionale a modificare eventualmente norme e regolamenti delle leggi statali elencate all'art. 1 della nostra legge, indipendentemente da modifiche delle leggi statali medesime, vorrei affermare che la Giunta Regionale è competente a farlo. Lo abbiamo affermato nella nostra legge regionale sui territori montani, e credo che risalga ad un principio generale il fatto che, venendo queste leggi applicate nella regione come leggi regionali, cioè dagli organi della Regione, i regolamenti possono anche essere modificati dalla Giunta Regionale, così come potrebbero essere modificati con decreti del Presidente della Repubblica previa deliberazione del Consiglio dei Ministri, o con decreti ministeriali.

Scotoni poi chiede che cosa succede delle leggi antecedenti a quelle citate al nostro art. 1. Le leggi da noi citate sono le ultime nel tempo che regolano organicamente ed interamente le materie in esame, e con ciò, in base ai principi generali della successione delle leggi nel tempo, la legge che regola interamente la materia abolisce la legge precedente, a meno che disposizioni singole delle leggi precedenti non siano espressamente conservate in vigore, e in tal caso faranno parte della legge nuova. Circa le attribuzioni degli Ispettorati, noi riteniamo che essi rimangano intatti nella loro organizzazione ed attribuzioni, salvo modifiche per legge. La questione se poi sia competente la Regione o la Provincia, per noi è una *cura posterior*, nel senso che essendo la Regione e la Provincia formate dalle stesse persone, o ci si metterà d'accordo, o se non ci si dovesse mettere d'accordo c'è la possibilità dell'impugnazione della legge provinciale da parte della Regione e della legge regionale da parte della Provincia. Si dice che le Giunte Provinciali sono sovraccariche di funzioni e di lavoro avendo la vigilanza sui Comuni e le proprie funzioni autonome ed avendo anche l'amministrazione della Provincia autarchica; è vero, ma crediamo che la strada battuta con questa nuova legge di attuazione dell'art. 14 sia l'unica per arrivare a creare dei Consigli agrari provinciali, che, sia come posizione che come funzioni, possono effettivamente rispondere alle nostre aspirazioni ed alle nostre esigenze obiettive, cioè come organi ausiliari delle Province, che discutono dei programmi che dovranno poi essere deliberati dagli organi provinciali, i quali delibe-

rano, ne curano l'esecuzione nei dettagli, senza perciò che debba essere creato un nuovo ente pubblico con proprio apparato burocratico. Abbiamo in questo campo un precedente veramente singolare nell'ordinamento giuridico italiano, cioè nelle leggi del 1923, che sono esposte in una tabella come allegati alla nostra relazione: lì esiste il Consiglio provinciale come organo di rappresentanza e di coordinamento delle attività agrarie, di adattamento dell'azione statale nei servizi dell'agricoltura e di propulsione e tutela della funzione agraria. Il bilancio di questo organo è parte del bilancio della Provincia alla quale spettava di approvare il bilancio stesso, che è un allegato del bilancio, e adottare tutti i provvedimenti finanziari. E ancora tutti i servizi riguardanti il funzionamento del Consiglio agrario erano svolti dall'Amministrazione provinciale, mentre lo Stato attribuiva i fondi stanziati nel bilancio del Ministero per l'agricoltura e foreste con l'obbligo di destinarli allo scopo, per cui furono assegnati in base al capitolo di spesa del bilancio del Ministero. I Consigli agrari avevano importanti funzioni, non solo per redigere il piano di erogazione dei mezzi pubblici, ma anche funzioni normative o in parte di proposta di provvedimenti normativi. Crediamo che questa sia la strada più sicura per arrivare ai Consigli agrari provinciali, così come esistevano una volta e come rispondono alle aspirazioni della nostra popolazione, cioè Consigli agrari provinciali che non abbiano solo una funzione consultiva ma anche una funzione esecutiva.

Ho detto ieri che sono state apportate al nostro progetto originario, cioè a quello di Dietl, essenziali modifiche, e vorrei riassumerle nell'elenco delle leggi di cui si intende attribuire l'esecuzione alla Provincia laddove vi sono diverse materie di competenza legislativa regionale, e diverse leggi rientranti nelle stesse materie che continuano ad essere conservate all'esercizio, all'amministrazione diretta della Regione; secondo, nella riserva in queste leggi di determinate funzioni amministrative alla Regione stessa; terzo, nel controllo sostitutivo. Dichiariamo che queste modifiche sono state apportate soprattutto con riguardo alla necessità di poter resistere con questa legge dinanzi alla Corte Costituzionale. Vorremmo sperare che il governo Segni faccia giustizia della legge e renda giustizia a noi senza dover molestare la Corte Costituzionale!

Molte volte ci viene rimproverato che noi saremmo disposti di accettare solo le parti a noi gradevoli dello Statuto regionale, e non prendere lo Statuto regionale nella sua pienezza e trarne tutte le conseguenze. Vorrei rivolgere un appello alla Democrazia Cristiana. Voi avete voluto que-

sto Statuto regionale più di noi, ivi compreso lo art. 14; voi stessi ammettete che la nostra interpretazione dell'art. 14 sia giuridicamente ammissibile anche se non è l'unica ammissibile, e voi stessi avete dichiarato che l'unica ragione di attrito consiste nella questione del passaggio degli uffici che per ragioni di opportunità e politica locale non dovrebbero per ora essere passati. Noi abbiamo dichiarato, per quanto concerne il personale di questi uffici, che accettiamo tutte le garanzie da voi richieste circa il personale e accettiamo di inserire queste garanzie nella legge, in quanto sia possibile e compatibili con il passaggio come tale e compatibile con un testo di legge regionale.

Ma vorrei ritornare ancora al particolare significato politico del varo di questa legge. Per noi come per voi non si tratta soltanto dell'attuazione di una qualsiasi parte dello Statuto di autonomia, ma della parziale riparazione di un torto che ci è stato fatto con la creazione dell'autonomia regionale, nella quale il gruppo etnico, che doveva essere protetto, si è visto maggiorato, il che fa a pugni con il concetto fondamentale dell'autonomia di un piccolo gruppo etnico. Per voi si offre ora la *chance*, con una approvazione reale e spontanea di questa legge e con l'apporto politico, di migliorare l'atteggiamento, di migliorare l'*animus* della nostra popolazione rispetto all'autonomia regionale che ci è stata imposta, e quindi con ciò consolidare la Regione moralmente, perché solo con la realizzazione, con l'attuazione dello art. 14, la Regione potrà essere consolidata, e non viceversa.

SCOTONI (P. C. I.): Sarebbero molte le cose sulle quali avrei desiderato precisare il mio pensiero in relazione a quanto ha detto or ora l'Assessore Benedikter. Non voglio appesantire eccessivamente la cosa, per quanto ad esempio, quando egli mi dice che l'argomento da me portato, e cioè la formulazione di questo disegno di legge delega toglierebbe la responsabilità della Giunta, non è valido, in quanto resta la responsabilità legislativa e regolamentare, mi sembra che offrirebbe il campo a delle facili repliche. Così quando egli dice che le nuove leggi, le leggi successive abrogano le precedenti, entro certi limiti, in quanto siano incompatibili o sia detto espressamente. Ma se le disposizioni della vecchia legge non sono incompatibili con la nuova, l'abrogazione non avviene! Così dicasi dell'art. 92, che, secondo me, ha un significato diverso. Il legislatore, a mio avviso — posso essere anche in errore —, quando ha dettato l'art. 92 l'ha fatto per non creare una soluzione di continuità, per far sì...

ALBERTINI (Presidente G. P. Trento - D.C.):  
Si.

SCOTONI (P. C. I.): Ma quello che mi preme di più mettere in risalto, più cioè di queste questioni che, pur rivestendo una notevole importanza, non sono fondamentali, è che non è vera quella conclusione che si poteva trarre o almeno che io ho creduto di trarre dalle parole, rivoltemi in risposta a quanto avevo detto, dall'Assessore Benedikter. Egli cioè sembra quasi ritenere che da parte nostra si sia contrari all'applicazione dell'art. 14. Ora credo che leggendo la relazione che abbiamo fatto ed ascoltando quello che ho detto ieri, non sia legittimo giungere a queste conclusioni.

Consentitemi di citare un'unica frase della relazione che abbiamo preparato, dove a pagina 2 diciamo che si riconosce all'applicazione dello art. 14 un particolare interesse e una particolare rilevanza per il gruppo etnico di lingua tedesca; e precisamente diciamo: *«I sottoscritti pensano in proposito che l'applicazione dell'art. 14 rivesta certamente una particolare importanza per il gruppo di lingua tedesca, ma che questo rispetto non deve far velo anche alla necessità di attuare questo articolo ai fini di organizzare una amministrazione locale il meno pesante possibile e il più vicina possibile ai cittadini»*. Ora questo mi pare che non sia restare esclusivamente su un terreno giuridico, ma sia entrare anche sul terreno politico, e sia accettare, entro certi limiti, le istanze e le richieste formulate in sede di Commissione e di Consiglio dai rappresentanti del S.V.P. E così, quando ieri parlando — e ho parlato sulla base di appunti, per cui mi sarà anche più facile ricordare esattamente le parole — dicevo: «Sull'art. 14 si può essere di diversa opinione, si può ritenerlo utile o dannoso, obbligatorio come norma inderogabile o no, occorre però ammettere che dovrebbe essere la regola», mi pare che se ho detto questo non si possa giungere alla conclusione che da parte mia sia stato sostenuto che l'art. 14 non deve trovare applicazione! Ho posto invece delle condizioni, che erano volte, mi sembra, al buon andamento ed al buon fine; quelle condizioni che, contenute nella relazione, sono poi ripetute nell'ordine del giorno che abbiamo presentato ieri: la condizione che vengano elaborate delle formulazioni giuridiche quanto più possibili semplici e univoche, che venga assicurata ai cittadini la possibilità di ricorso, che si consenta all'amministrazione la facoltà di revoca, che si conservi al Consiglio Regionale la competenza ad approvare i bilanci in effetti e non una larva di bilancio, e il rendiconto e la facoltà di

sostituirsi in casi di inadempienza. Sono eccessive queste richieste? E' una cosa che si può discutere; forse è vero, forse sono cose inopportune, ingiuste, sbagliate, ma fatemi la cortesia: ditemi perchè sono ingiuste, sbagliate! Non dite che perchè domando che le leggi siano semplici sono contrario alle leggi! Non è giusto e non è corretto fare queste affermazioni.

E' vero che la formulazione attuale della legge si differenzia dalle precedenti, e forse questo avrà provocato anche qualche distonia fra la mia relazione ed il testo di legge, perchè il nuovissimo testo di legge fu presentato quasi contemporaneamente alla mia relazione; ne abbiamo esaminati tre, e questo non l'avevo detto ieri perchè mi sembrava una cosa non molto importante, però anche questo indica un metodo di lavoro che non è giusto. Portare in Commissione tre testi diversi significa esaminarli in un tempo ristrettissimo, perchè abbiamo dovuto attendere; comunque è acqua passata, e pazienza! Non mi si potrà dire che sono contro l'art. 14 perchè cerco di rilevare alcune cose che non mi sembrano giuste. Per non ripetere quello che ho detto, all'art. 12 si afferma: «La presente legge entra in vigore il primo giorno del mese successivo a quello della sua pubblicazione. Per l'entrata in vigore la Giunta Regionale proporrà tempestivamente al Consiglio Regionale le variazioni al bilancio dell'esercizio in corso necessarie alla attuazione della presente legge». Ora mi sembra che qui ci siano tre motivi che non fanno funzionare questa disposizione: 1) ammesso, e ritengo che non sia da ammettere, che il Consiglio possa obbligare per legge la Giunta a presentare delle variazioni di bilancio, potrebbe mancare il tempo materiale per farlo. La legge potrebbe essere pubblicata il 29 luglio, ed entrare in vigore il 1° agosto. Sfido chi non sia un taumaturgo o un mago, a riuscire a far presentare la variazione di bilancio ed a farla approvare, a farla poi approvare dal Governo ed a pubblicarla, nel tempo utile. Ma, a parte questa questione che potrebbe esserci e non esserci, ha il Consiglio diritto di impegnare per legge la Giunta a prendere una iniziativa del genere? Credo di no. Credo che il Consiglio abbia la possibilità di dare alla Giunta un impegno di natura politica, dare mandato, stimolare, ma non di obbligare la Giunta a eseguire questo atto. Il Consiglio ha tutto il diritto di fare da sé la variazione di bilancio. Qualunque Consigliere può presentare un progetto di variazione di bilancio e il Consiglio lo potrà discutere, anche contrariamente all'opinione della Giunta, anche se la Giunta si opponesse, però non può obbligare la Giunta a fare qualche cosa senza saper bene come si concre-

tizzi, perchè vorrei vedere quando si trattasse in pratica di stabilire se quel finanziamento va fatto con singoli articoli per ogni stanziamento previsto dalle leggi, se va fatto con stanziamento globale per singole leggi, se va fatto con stanziamento unico sulla base dell'art. 70 e noi dicessimo: «Questo problema non lo affrontiamo, obblighiamo per legge la Giunta a risolverlo per conto nostro»!... Non mi sembra una cosa possibile questa, ed è strano che debba essere proprio io in questo caso a prendere, in un certo senso, la difesa dei diritti e delle prerogative della Giunta!

Ma, superati anche questi scogli, resta il fatto che le leggi quando importano un onere di bilancio devono contenere la fonte del finanziamento. Lo dice la Costituzione, lo dice la nostra legge sulla contabilità all'art. 20 quando dichiara: «Ogni provvedimento legislativo regionale che importi nuove o maggiori spese dovrà indicare i mezzi per farvi fronte e la fonte da cui attingerli». E' forse in conseguenza di questo articolo della legge sulla contabilità della Regione che è stata disposta la norma dell'art. 12, oltre che per la pratica funzionalità, ma a me sembra sia eludere la norma il dire «faremo dopo». Se una legge dello Stato che prevede un aumento degli stipendi, delle pensioni, dei contributi, dice «entro 3, 4, 5 mesi con un'altra legge stabiliremo le fonti di finanziamento», elude la disposizione citata, che evidentemente vuol dire: nel momento in cui stabilite di spendere di più dovete assicurarvi che questo di più ci sia oggi o che ci sia nel momento in cui la spesa verrà effettuata. Ora, se io faccio questi rilievi non si può pensare ed arrivare alla conclusione che sia perchè non vogliamo applicare l'art. 14, non è una cosa ammissibile!

Per quanto riguarda il ricorso, del quale tanto si è parlato, mi sembra che la risposta che ci è stata data non sia soddisfacente; non so se il consigliere Defant, che pure tanto si è battuto su questo argomento, avrà trovato la motivazione della ripulsa, contenuta nell'intervento dell'Assessore Benedikter, tale da tranquillizzare; io non mi sento tranquillo. Difatti, sostenere che in sostanza non si può farlo perchè altrimenti la delega ne verrebbe svuotata, non mi pare giusto, nè in linea di principio, nè tanto meno sul terreno pratico. Ma credete davvero che sia una cosa così facile domani, se da parte di un gruppo politico o associazione o partito o altro, si volesse praticamente sottrarre questa competenza e questa attività conferite con la legge-delega, riuscire a far presentare centinaia di migliaia di ricorsi? Credo sarebbe una cosa molto difficile! Non basta che uno dica: «tu fai il ricorso contro quella delibera», perchè l'interessato la presenti immediata-

mente! Potrà esserci qualche caso in cui si riesce a fare questo, ma saranno casi sporadici, ci sarà il buon senso della persona interessata! Poi vi saranno altri cointeressati, i quali a loro volta faranno valere le loro ragioni. E perchè allora si deve supporre già in partenza che la Giunta Regionale darà sempre torto a quello che dice la deliberazione della Giunta Provinciale? Non credo che si debba partire da questo presupposto, anche, fra gli altri motivi, perchè in Giunta ci siete sempre anche voi! Avete notevoli garanzie che vi assicurano sulla condotta della Giunta, che non solo si compendiano nella presenza necessaria in seno alla Giunta di vostri rappresentanti, ma che arrivano addirittura al punto di mettere in mora la approvazione del bilancio se da parte vostra non vi è l'accordo su questo bilancio. Quindi mi pare che, data la difficoltà di far presentare dei ricorsi fasulli, data la possibilità agli altri di contro-ricorrere, data la possibilità agli altri di ricorrere anche in sede giurisdizionale contro le decisioni definitive della Giunta Regionale, se queste fossero o dovessero essere ingiuste o dannose per gli altri, in considerazione ancora del fatto che in Giunta ci siete anche voi, e questa presenza non è casuale ma è necessaria e prevista dallo Statuto, non si può pensare che il ricorso possa diventare un'arma per svuotare di contenuto quello che vi viene dato con la legge-delega.

Finisco rilevando — e questo non solo nei confronti dell'Assessore Benedikter, ma anche dell'Assessore Bertorelle — che avevo posto una domanda ad entrambi i gruppi di maggioranza che mi sembrava rivestire un certo interesse, non solo ai fini miei personali ma di tutto il Consiglio; la domanda intendeva chiarire in quale misura sarebbe stato accettato il responso della Corte Costituzionale. Ma questa domanda è rimasta senza risposta.

**BERTORELLE** (Assessore alle attività sociali e sanità - D. C.): Risponde il Presidente Odorizzi.

**ODORIZZI** (Presidente della Giunta - D.C.): Rispondo io!

**BERTORELLE** (Assessore alle attività sociali e sanità - D. C.): Chiedo la parola per fatto personale. Mi sono state addebitate idee che non ho espresso!

**PRESIDENTE**: La parola all'Assessore Bertorelle per fatto personale.

**BERTORELLE** (Assessore alle attività sociali e sanità - D. C.): Sì, appunto, Benedikter mi ha

attribuito il pensiero seguente, che cioè, poichè gli uffici che svolgono l'attività delegata sono dell'ente minore, non si può far luogo alla delega nel campo dell'agricoltura e foreste perchè gli enti minori non hanno uffici ad hoc. Questo non è vero, lo potranno vedere dai verbali stenografici, ho detto semplicemente questo: che secondo lo spirito dell'art. 14, il testo letterale della disposizione e le dichiarazioni rese durante la discussione alla Costituente sull'art. 118, gli uffici che dovrebbero svolgere le funzioni delegate sono quelli degli enti minori. Questo ho detto; la conclusione non era quella indicata da Benedikter. Anzi ho ripetuto più volte che proprio per rimanere fedeli allo spirito e alla lettera della Costituzione dobbiamo e non possiamo non dichiararci favorevoli all'applicazione della norma costituzionale qual'è appunto l'art. 14, e che si può far luogo sì alla delega, ma che occorre vedere quale dei due mezzi eccezionali che si possono adoperare in questa situazione sia il più rispondente alle finalità dell'art. 14, e il più idoneo praticamente per una migliore amministrazione decentrata. Avevo indicata nella dipendenza funzionale la soluzione migliore e più corretta, dal punto di vista costituzionale e dal punto di vista pratico; soluzione che aveva trovato poi riscontro nella disposizione dello Stato nelle norme per la Sardegna, e che quindi aveva già avuto il vaglio di un'esperienza. Se poi questa disposizione di legge dello Stato è stata impugnata, è un altro conto; con ciò non si vuole dire che non sia giusta, lo si vedrà dopo, dalla sentenza. Questo solo per chiarire.

DIETL (S. V. P.): Es mag angebracht sein, dass ich in dieser Generaldebatte ebenfalls zu den Kommissionsberichten sowie zu dem von unseren Kommissionsmitgliedern vorgelegten Gesetzentwurf, der die Durchführung des Art. 14 vorsieht, Stellung beziehe. Denn vielleicht hat gerade mein vor einem Jahre erfolgter Rücktritt, den ich damals ausführlich in der Regionalratssitzung begründete, zu dieser Debatte geführt, die endlich grundsätzlich den ganzen Fragenkomplex des Art. 14 behandelt.

Meine Absicht ist heute, die historischen Voraussetzungen aufzuzeigen, die zur Einfügung des Art. 14 in das Autonomiestatut geführt haben.

Ich möchte aber eingangs kurz einen überraschenden Gesinnungswandel hervorheben, den ich bei der gestrigen Generaldebatte feststellen konnte. Bekanntlich habe ich um das Jahresende 1955 zum Verhältnis Art. 14 und Verfassungsgerichtshof in einer Weise Stellung genommen, die auf der anderen Seite grosse Empörung hervorgerufen hat und mir von seiten des Herrn Präsi-

den des Regionalausschusses den Vorwurf der Illegalität eingebracht hat. Meine damaligen Ausführungen gipfelten letzten Endes in der Feststellung, dass die Frage des Art. 14 ein Politikum ist, das mit rein juristischen Kriterien, wie sie einem Urteil des Verfassungsgerichtshofes zugrunde liegen, unter keinen Umständen gelöst werden kann. Diesen meinen Standpunkt habe ich einmal damit begründet, dass die Einführung des Art. 14 in das Autonomiestatut die Voraussetzung dafür war, dass die Vertreter der Südtiroler Volksgruppe seinerzeit ihr Einverständnis gegeben haben, mit der Region, also mit der Provinz Trient, zusammenzugehen, sich in einer Regionalautonomie mit der Provinz Trient zu finden; dann auch damit, dass das Autonomiestatut im Pariser Vertrag seine Verwurzelung hat und deshalb eine rein juristische Auslegung die geschichtlichen Voraussetzungen des Art. 14 keinesfalls berücksichtigen würde und folglich der Verfassungsgerichtshof zum ganzen Fragenkomplex des Art. 14 nicht Stellung nehmen könne. In diesem Sinne habe ich mich damals geäußert und vertrete auch weiterhin die gleiche Ansicht, dass der Art. 14 auf regionaler Ebene und nicht vor dem Verfassungsgerichtshof seine Lösung finden muss. Was damals jedoch als Ärgernis gebrandmarkt wurde, wird heute von verschiedenen Sektoren des Regionalrates als eigene These vertreten und wer damals z. B. aus Protest den Sitzungssaal verlassen hat, kommt jetzt zur gleichen Erkenntnis. Diese Feststellungen treffe ich lediglich, weil sie in besonders drastischer Weise die eminent grosse Bedeutung des Art. 14 aufzeigen, und weil jetzt endlich, nachdem wir nach so viel Zeitverlust in die grundsätzliche Behandlung des Fragenkomplexes eintreten, immer neue Aspekte zutage treten.

Mir geht es aber, wie ich eingangs erwähnt habe, nicht darum, die juristische Seite der Frage zu behandeln, wohl aber darum, die wenn auch nur lückenhafte Schilderung der Vorgeschichte, wie es zur Einfügung des Art. 14 in das Autonomiestatut kam; zu geben; aus dem im folgenden Angeführten geht klar und eindeutig hervor, dass es sich nicht um die eher zufällige Einfügung des Art. 14 als der dem Wortlaut des Art. 118 der Verfassung entsprechenden Bestimmung handelt, wie man glauben machen will, wohl aber um ein Politikum ersten Ranges. Diese Feststellungen sind umso notwendiger, als die der DC angehörenden Kommissionsmitglieder klipp und klar erklären, von seiten unserer Vertreter sei bei den Autonomieverhandlungen in Rom vom Art. 14 in diesem Sinne niemals auch nur in leisester Anspielung die Rede gewesen; ein Redner hat mit

Recht die Frage gestellt, wer von beiden Seiten überhaupt noch Glauben verdient.

Wir haben also nicht nur aus wirtschaftlicher Zweckmässigkeit die Durchführung des Art. 14, also die Übertragung der Verwaltungsbefugnisse von der Region — die, und dies muss gesagt werden, heute mehr denn je gleichbedeutend mit Trient ist — auf das Land Südtirol immer und immer wieder verlangt; wir haben vielmehr auch immer wieder erklärt, die Verwaltungsverteilung auf beide Provinzen habe ihren Ursprung im Pariser Vertrag und in der uns vorenthaltenen Südtiroler Landesautonomie. Der klare Wortlaut des Pariser Abkommens bezog sich auf eine Landesautonomie, beschränkt auf die Provinz Bozen, mit Einschluss der damals noch zur Provinz Trient gehörenden, überwiegend deutschen Gemeinden des Unterlandes, und diese Landesautonomie hätte uns zugestanden werden müssen. Die Regionalautonomie in Gemeinsamkeit mit der Provinz Trient sollte uns dann wenigstens die Voraussetzungen für eine klare Verwaltungsteilung gewähren, dermassen, dass die regionalen Verwaltungsbefugnisse für das Land Südtirol vom Südtiroler Landesausschuss auszuüben wären.

Schon bei früheren Anlässen wurde von verantwortlichen Trentiner Kreisen erklärt, diese unsere Darstellung entspreche nicht den Tatsachen. In schärfster Art, wie kaum zuvor, wird dies im gegenständlichen Kommissionsbericht der Mitglieder der DC klipp und klar ausgesprochen. Im Bericht wird ausdrücklich erklärt, die Vertreter des Südtiroler Volkes, die in dessen Auftrag und als dessen Sachwalter im Jänner 1948 an den Autonomieverhandlungen in Rom teilnahmen, hätten nicht im leisesten darauf hingewiesen, dass wir die Einfügung des Art. 14 nur so und nicht anders auffassten. Es hätte sich, wie schon gesagt, lediglich um die Einfügung einer Satzung der Verfassung, des bekannten Artikels 118, gehandelt, der nur grundsätzliche Bedeutung beizumessen sei.

Es ist an der Zeit, dass diese abwegigen Verdrehungen an Hand des wirklichen Vorganges geklärt und richtiggestellt werden, denn es ist Tatsache, dass die Sprecher des Südtiroler Volkes gemäss dem erhaltenen Auftrag vom Beginn der Autonomiebestrebungen an, also knapp nach Ende des 2. Weltkrieges, klar und deutlich die Autonomie als Selbstverwaltung für Südtirol ohne jede Bindung an die Provinz Trient verlangt haben.

Der erste Autonomieentwurf, den die Südtiroler Volkspartei im November 1946 der Regierung vorlegte, sah die Selbstverwaltung allein und ausschliesslich für Südtirol vor. In einer Neufassung des Entwurfes, die im April 1947 der Regierung vorgelegt wurde und auf die Kollege Defant ge-

stern Bezug genommen hat, erklärte man sich, einmal um eine weitere Verschleppung der Autonomie zu verhindern und damals bestehende, fast unüberwindlich scheinende Hindernisse zu beseitigen, dann wohl auch, um den Wünschen der Trentiner Autonomisten zu willfahren, bereit, eine vage Verbindung mit dem Trentino einzugehen, jedoch bei voller Wahrung der Selbständigkeit Südtirols. Südtirol und das Trentino sollten zwei getrennte Regionen bilden, jede mit eigenem gesetzgebenden Landtag, der eine vom anderen unabhängig, und mit ebensolcher getrennter Verwaltung. Für beide Regionen waren lediglich gemeinsame Organe vorgesehen, die sogenannten Vereinigten Landtage, die zur Gesetzgebung in bestimmten Materien gemeinsamen Interesses einberufen werden sollten.

Die Autonomiebestrebungen im Trentino waren ab 1945 sehr ausgeprägt. Die Trentiner wünschten eine Verbindung mit Südtirol, weil ihnen klar war, dass nur durch eine solche Anlehnung an Südtirol ihre Autonomiebestrebungen Aussicht auf Erfolg haben konnten. In Anbetracht dieser Bestrebungen der Trentiner und in der Absicht, gutnachbarliche Beziehungen mit dem Trentino zu schaffen, hatte sich die damalige Führung der SVP zu diesem freiwilligen Zugeständnis bereit erklärt. Im Frühjahr 1947 wurde von der Regierung eine Kommission bestimmt, bestehend aus sieben Mitgliedern, die in sieben Monate während der geheimster Arbeit einen Autonomieentwurf ausgearbeitet hat, der am 1.11.1947 der Südtiroler Volkspartei sowie den anderen italienischen Parteien der Region zugestellt wurde. Das freiwillige Angebot auf Herstellung einer freundschaftlichen Verbindung und Zusammenarbeit mit dem benachbarten Trentino auf dem Boden gegenseitiger Selbständigkeit und Gleichheit war in dem Kommissionsentwurf der Sieben in sein Gegenteil verkehrt worden.

Dieser Entwurf sah eine absolute Herrschaft des Trentino über Südtirol vor. Es war alles eher als ein Vorschlag für eine irgendwie brauchbare Autonomie und entsprach in keiner Weise dem Pariser Vertrag. Dieser Entwurf wurde deshalb von der Leitung der SVP kategorisch abgelehnt; in der Ablehnung, die am 15. November 1947 der Präfektur Bozen zur Weiterleitung an die Regierung überreicht wurde, heisst es unter anderem: «Durch Anschluss des Gebietes Südtirol hinsichtlich der Autonomie an ein anderes Gebiet, das eine zahlreichere Bevölkerung aufweist, und durch die damit verbundene Unterwerfung des Loses des Südtiroler Volkes unter die Gewalt der Mehrheit jenes anderen Gebietes wird der Bevölkerung Südtirols in Wirklichkeit keine Autonomie gewährt».

Man hatte es sich in Rom mit diesem Autonomieentwurf der Sieben wirklich leicht gemacht. Der Entwurf wurde den Empfängern mit dem ausdrücklichen Auftrag übergeben, denselben als vertraulich zu behandeln und weder ganz noch teilweise, insbesondere nicht in den Zeitungen, zu veröffentlichen oder zu besprechen. Für die Stellungnahme zum Entwurf, der aus 99 Artikeln bestand, war eine Frist von sage und schreibe zehn Tagen gesetzt und es wurde sogar angedroht, die Nichtäusserung zum Entwurf innerhalb der gesetzten Galgenfrist würde als Zustimmung zum Autonomieentwurf angesehen.

So konnten die «Dolomiten» die Ablehnung des Autonomieentwurfes der Sieben durch den Parteiausschuss, der diese Ablehnung schon am 6. November einstimmig beschlossen hatte, infolge des gebotenen Stillschweigens erst am 11. November 1947 veröffentlichen.

Das Vorgehen der Regierung rief begreiflicherweise Entrüstung und Empörung hervor und in der ausserordentlichen Landesversammlung der SVP, die am 9. Dezember 1947 im Bozner Zentral-Kino tagte, wurde die Parteileitung beauftragt, unverrückbar an folgender Forderung festzuhalten: Die zu gewährende Autonomie muss eine solche für Südtirol, selbständig und unabhängig vom Trentino und ohne erzwungene Gemeinschaft mit demselben sein. Am 16. Dezember 1947 telegraphierte der damalige Obmann der SVP an den Ministerpräsidenten De Gasperi unter anderem: «Wir stehen jetzt unter dem Eindruck, dass uns die Regierung eine Regionalautonomie aufzwingen will, die praktisch der Versagung einer eigenen Autonomie für Südtirol gleichkommt und in keiner Weise dem Willen der Bevölkerung entspricht. Wir sehen uns daher gezwungen, gegen dieses Vorgehen nachdrücklichst Protest zu erheben». In einer Erklärung, die am 17.12.1947 im Anschluss an eine diszipliniert verlaufene grosse Protestkundgebung in Bozen dem Präfekten überreicht wurde, heisst es dann unter anderem: «Die Empörung ist umso grösser, als zu befürchten ist, dass man dem Pariser Verträge auch in der Frage der Struktur der Autonomie nicht Rechnung trägt, indem man Südtirol eine eigene Autonomie verweigert und uns dem Belieben der Trentiner Mehrheit ausliefert».

Die vorenthaltenen Konsultationen wurden vom Obmann der SVP auch in einem Telegramm an den Staatspräsidenten vom 19.12.1947 verlangt. Dieses Telegramm hat unter anderem folgenden Wortlaut: «Ich weise darauf hin, dass, während die Trentiner Abgeordneten zur Diskussion und Abstimmung über das Projekt zugelassen sind, die Südtiroler von jeder Diskussion ausgeschlossen

bleiben, weil sie keine Abgeordneten in der verfassunggebenden Nationalversammlung haben und folglich zur Teilnahme an den Kommissionen, welche das Autonomiestatut ausarbeiten, nicht zugelassen sind. Die Regierung ist im Begriffe, der verfassunggebenden Nationalversammlung einen Autonomieentwurf vorzulegen, welcher anstatt Südtirol vom Brenner bis Salurn eine eigene Autonomie zu gewähren, dasselbe mit dem Trentino zu einer einzigen Region vereinigt».

Diese eindeutigen und klaren Stellungnahmen erfolgten wenige Wochen vor der Verabschiedung des endgültigen Autonomieentwurfes durch die Kommission der Achtzehn und keine zwei Monate vor dem Zeitpunkt, in welchem das Autonomiestatut für die Region Trentino-Südtirol von der verfassunggebenden Nationalversammlung verabschiedet wurde. Heute will man uns aber weismachen, wir hätten uns damals um die Verwaltungstrennung überhaupt nicht gerissen. In Wirklichkeit ist aber der Art. 14 sowieso nur ein Schein dessen, was von uns rechtens bis vor Torchluss gefordert wurde. So wurde unter anderem in einer Presseunterredung, die ein Vertreter der Südtiroler Abordnung in Rom am 23. Jänner, also wenige Tage vor der Verabschiedung des Autonomiestatutes durch die verfassunggebende Versammlung, den «Dolomiten» gewährte, folgendes festgestellt: «Wir haben mit den Trentiner Abgeordneten mehrere Aussprachen gehabt und denselben unsere Forderungen erklärt; es ist zwischen ihnen und uns zu einer weitgehenden Einigung gekommen. Es besteht allerdings eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen den Trentinern und Südtirolern. Die Trentiner betrachten es nämlich als das Wichtigste, dass der Regierungsentwurf, gleichgültig ob in wesentlichen Belangen abgeändert oder nicht, spätestens bis zum 31. Jänner in der Vollsitzung der verfassunggebenden Versammlung angenommen wird, wogegen wir Südtiroler darauf bestehen müssen, dass die Achtzehner-Kommission an dem jetzt vorliegenden Entwurf wesentliche Änderungen vornimmt, bevor derselbe der Vollsitzung vorgelegt wird».

Die Frage dann nach Art und Ausmass der angestrebten Abänderungen wurde wie folgt beantwortet: «Wir verlangen, dass die Verwaltungen der Provinzen Bozen und Trient voneinander getrennt sind und jede für sich selbständig ist, dass wir eine autonome Selbstverwaltung erhalten, dass die Provinz Bozen eine finanzielle Selbständigkeit erhält und die Machtbefugnisse des Provinzpräsidenten erweitert werden». Im Eigenbericht aus Rom, der den «Dolomiten» wenige Stunden nach Verabschiedung des Autonomiestatutes durch die

verfassunggebende Versammlung von unseren Delegierten in Rom übermittelt und von diesen in der Zeitung auch gezeichnet erscheint, lautet der Passus hinsichtlich der Erwartungen, die aus dem Art. 14 abgeleitet werden, wie folgt: «Die Provinz hat die Verwaltungsbefugnisse grundsätzlich auch auf jenen Gebieten, in denen der Gesamtregion die Gesetzgebung vorbehalten ist, sodass also praktisch vollkommenen Verwaltungsteilung gewährleistet erscheint».

Wagt man es weiterhin, Sinn und Zweck des Art. 14 als Instrument der Verwaltungsübertragung auf die Provinz zu leugnen? Und wie konnte man überhaupt bei einer solchen Lage der Dinge die Vorgänge, die zur Einfügung des Art. 14 in das Autonomiestatut geführt haben, dermassen verdrehen! Es ist im besonderen Masse bedauerlich, dass ausgerechnet die Vertreter jener Partei, mit der wir seit 8 Jahren Amt und Verantwortung tragen, die Hauptvertreter dieser Verdrehungen sind und gerade die Tatsache, dass, zum Unterschied von allen anderen Regionen, in unserem Spezialstatut den Provinzen Bozen und Trient Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnis zuerkannt wurde, zeigt klar die Absicht des Gesetzgebers, mit dem Art. 14 ein Instrument zu schaffen für die Ausübung der Verwaltung seitens der Provinz auch auf dem Gebiete der regionalen Verwaltungszuständigkeit. Dazu kommt, dass nach dem Statut die Provinzen der Region ebenbürtig sind, weil keinerlei Überordnung der Region über die Provinzen besteht.

Für seine wahrheitswidrige Behauptung zitiert der DC-Bericht den Abgeordneten Renzo Helfer, der im Jahre 1948 der Trentiner Abordnung angehörte, die in Rom die Autonomieverhandlungen betrieb. Wahrscheinlich fusst diese Behauptung auf Mitteilungen, die der Trentiner Abgeordnete Helfer in «L'Adige» am 16. Juni 1955, also zwei Tage nach meinem Rücktritt, veröffentlicht hat. Dieser Artikel ist fürwahr eine erbauliche Lektüre! Es ist mit den Argumenten jedenfalls sehr schlecht bestellt, wenn man zu solchen Ausflüchten greifen und nach einer Zwischenzeit von ganzen acht Jahren das Gedächtnis so strapazieren muss. Nachdem wir zum Unterschied vom Trentino erst vom April 1948 an, also nicht im Zeitpunkt der Autonomieverhandlungen, eine parlamentarische Vertretung in Rom hatten — auch dies wiederum eine recht stiefmütterliche Behandlung — kann sich nur ein Laie, nicht aber ein Parlamentarier darüber wundern, dass der Sinn und Zweck des Art. 14, den wir ihm mit Recht geben, in den parlamentarischen Protokollen nicht in unserer Deutung aufscheint. Solche Pannen können nur dann

passieren, wenn man unter allen Umständen Schützenhilfe leisten will.

Assessor Dr. Benedikter hat gestern darauf verwiesen, dass es stets das Anliegen unserer Partei war, unseren Rechtsanspruch auf Durchsetzung des Art. 14 zu vertreten, was auch sofort vom Beginn der regionalen Tätigkeit im Jahre 1948 an geschehen ist, bisher freilich ohne befriedigendes Ergebnis, und es bedurfte des Rücktrittes eines Regionalassessors und der von der Partei beschlossenen Nichtbesetzung des Amtes, um endlich die längst schon fällige grundsätzliche Behandlung des ungeheuer wichtigen Fragenkomplexes zu erreichen.

Bis zum heutigen Tage ist der Art. 14 toter Buchstabe geblieben, trotz unseres Rechtsanspruches, trotz unserer steten Bemühungen, weil die Trentiner Mehrheit in schädlicher Verblendung auf der Zentralisierung in der Region, also in Trient, bestand. Doch siehe da, was 8 Jahre lang hartnäckig verweigert wurde, soll nun auf einmal, mit Worten wenigstens, in die Tat umgesetzt werden. Auf einmal tut man sich nicht genug und findet man nicht genug der Worte, um die Bereitschaft zur Anwendung des Art. 14 zu erklären. Wenn aber diese Bereitschaft erklärt wird und dabei noch weitere Monate für die Prüfung des ganzen Fragenkomplexes verlangt werden, dann muss gesagt werden, diese Forderung nach einem weiteren Termin für Studium und Überlegung hätte man vor Jahren stellen müssen, als es darum ging, den Art. 14 wirklich in die Tat umzusetzen. Und wenn man dann auf den Gesetzentwurf Albertini verweist als eine tragbare Ausgangsbasis für die Durchführung des Art. 14, dann kann nur wiederholt werden, dass mit diesem Entwurf nicht einmal der Schein einer Verwaltungsübertragung erreicht würde. Und erst die Übertragung der Ämter in die Zuständigkeit der Provinzen: da werden alle Register gezogen und alle Argumente und Scheinargumente müssen dazu herhalten, um zu beweisen, dass man diese Ämterübertragung unter keinen Umständen durchführen kann. Andererseits ist eine Übertragung der Verwaltungsbefugnisse ohne Übergabe der Ämter gerade auf dem Sektor der Landwirtschaft und des Forstwesens ein absolutes Unding und jeder, der auch nur annähernd irgendwelche Erfahrung auf diesem Gebiete hat, wird dies von sich aus voll und ganz bestätigen.

Vielleicht ist auch hier wieder eine Nebenabsicht im Spiel, indem man eben für Bozen von einer anderen Voraussetzung als für Trient ausgeht. Vielleicht würde man in Trient zwar dem Schein nach die Ämter, wenn es dazu kommen sollte, der Provinz übertragen, sich in Wirklichkeit

aber auf die regionale Verwaltung im Sektor Landwirtschaft und Forstwesen stützen. Es muss auch gesagt werden, dass die Aussenämter auf dem Sektor Landwirtschaft und Forstwesen nach 8 Jahren Regional-Autonomie kaum zentralistischer geführt werden könnten, als dies gegenwärtig geschieht.

Es wäre noch vieles in diesem Zusammenhang zu ergänzen, gerade auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Aspekte, die an sich die Übertragung der Verwaltungsbefugnisse — natürlich mit deren Ämtern — besonders im Sektor Landwirtschaft und Forstwesen geradezu als selbstverständlich erscheinen lassen müssen. Es mag mit dem Gesagten sein Bewenden haben, auch weil ich mich nicht der Täuschung hingebende, dass meine Stellungnahme den Entschluss der Mehrheitspartei zu beeinflussen imstande sein wird. Ich möchte aber abschliessend doch noch folgendes erklären:

1. Der Art. 14 hätte bereits mit Beginn der regionalen Verwaltung nicht nur im Interesse Südtirols, sondern auch im Interesse der Bevölkerung des Trentino durchgeführt werden müssen. Es ist nunmehr nach all dem, was in diesen acht Jahren geschehen und, mehr noch, nicht geschehen ist, hoch an der Zeit, ihn loyal anzuwenden. Die Regelung hat aber auf regionaler Ebene zu erfolgen und die Anrufung des Verfassungsgerichtshofes kann deshalb nur als Ausflucht bezeichnet werden. Es wird sich erweisen, dass diese Lösung nur eine Scheinlösung ist. Dies ist in diesem Zusammenhang meine persönliche, wirklich ernsthafte und durch Tatsachen erhärtete Überzeugung.

2. Ich stehe nicht an zu erklären — und der bisherige Verlauf der Generaldebatte bestätigt mich hierin — dass es vorteilhafter gewesen wäre, an meinem alten Entwurf mit entsprechenden, ohne weiteres tragbaren und annehmbaren Änderungen festzuhalten. Ich erkläre ausdrücklich, dass dies meine persönliche Ansicht ist.

3. Nach all dem, was geschehen ist, und nachdem es wohl feststehen dürfte, dass man den Ausweg über den Verfassungsgerichtshof beschreiten wird, muss ich mit Bedauern erklären: Seit der Verabschiedung des Autonomiestatuts sind acht Jahre verstrichen. Das Vertrauen, das damals auf die Loyalität der Trentiner gesetzt wurde, ist schmählich enttäuscht worden. Eine der wichtigsten Satzungen des Autonomiestatuts, wie es die im Art. 14 vorgesehene Verwaltungsübertragung von der Region auf die Provinz, in unserem Falle also von Trient auf den Südtiroler Landesausschuss darstellt, ist toter Buchstabe geblieben. Diese für uns entscheidend wichtige Satzung ist acht Jahre lang deshalb toter Buchstabe geblieben, weil sich die Trentiner Mehrheit der loyalen

Durchführung hartnäckig widersetzt hat. Meine Erkenntnis aus dieser Entwicklung: letzten Endes steht nicht ein Gesetzentwurf allein auf dem Spiel, wohl aber die Grundfrage des regionalen Lebens überhaupt, die Frage, ob wir in die Regionalautonomie noch einiges Vertrauen setzen können!

Im übrigen möchte ich nicht den Propheten spielen; die weitere Zukunft wird darüber bestimmen. Nach meiner persönlichen Ansicht wäre es nunmehr wirklich hoch an der Zeit und die verantwortlichen Männer des Trentino täten gut daran, die Mahnung Gino Battistis, die dieser in der verfassungsgebenden Nationalversammlung aussprechen wollte, zu beherzigen: «Südtirol die Autonomie zu verweigern, würde nur Verschärfung der Irredentistenbestrebungen bedeuten. Ich wollte, aus allen Sektoren dieser Versammlung erhöhe sich ein Wort zur Bekräftigung unserer heiligen und unwandelbaren Verpflichtung für die Autonomie des deutschen Südtirol». Der Tod, der ihn hinwegriss, liess ihn diese Rede nicht mehr halten; umso grössere Bedeutung kommt dieser Mahnung zu, ist sie doch ein geistiges Vermächtnis des Sohnes Cesare Battistis.

(Segue traduzione).

(PRESIDENZA DEL VICE PRESIDENTE  
Avv. Riccardo Rosa).

ODORIZZI (Presidente della Giunta - D. C.): Vorrei pregare il Consiglio di ritornare sulla decisione di ieri. In sostanza, essendo ora le 12<sup>1/2</sup>, mi pare che non si possa assolutamente prevedere che esauriremo il lavoro nella giornata di oggi. Nella giornata di domani personalmente, proprio per cose che se vi fossero note vi troverebbero tutti indiscutibilmente solidali, mi tocca di essere a Roma. Dopo capita il sabato, il lunedì siamo di nuovo impegnati in una cerimonia abbastanza notevole per Trento, dove siamo noi che invitiamo e non possiamo mancare. Martedì è di nuovo festa. Proporrei quindi di continuare nel pomeriggio e di concludere questa sera, se possibile. Vi dispiacerebbe modificare in tale senso?

MITOLO (M. S. I.): D'accordo.

ODORIZZI (Presidente della Giunta - D. C.): Farei questa proposta: se fosse possibile, interrompere adesso e riprendere alle 15 con la speranza di finire questa sera; altrimenti andare a mercoledì o giovedì. Dopo ci sarà l'altra tornata, che dobbiamo fare entro la prima settimana di luglio.

PRESIDENTE: Vi è la proposta di continuare nel pomeriggio, cioè di fare orario spezzato. Chi

è d'accordo con questa proposta è pregato di alzare la mano: 27 favorevoli.

Allora sospendiamo e riprendiamo alle ore 15.

(Ore 12.30).

Ore 15.15.

**PRESIDENTE:** La seduta è aperta. La parola al Presidente Odorizzi.

**ODORIZZI (Presidente della Giunta - D. C.):** Mi propongo anch'io di essere breve e possibilmente di non ripetere quanto è stato già detto nelle relazioni scritte e negli interventi orali. Il cons. Dietl stamane concludeva il suo intervento augurandosi che questa esperienza insegnasse per l'avvenire; io vorrei che insegnasse qualche cosa per il presente, che è quello che più direttamente ci riguarda, e io credo che realmente qualche cosa ci può insegnare. Perché, se al momento in cui siamo, dobbiamo constatare che la discussione sul merito della questione non ci ha fatto fare dei passi in avanti, tuttavia il modo con cui la discussione si svolse, il lavoro dal quale la discussione fu preceduta, ci suggeriscono alcune considerazioni marginali che potrebbero, se accolte, servirci di indicazione, di suggerimento e di guida per l'azione fin da questo momento.

Le considerazioni marginali, secondo me, sono le seguenti: abbiamo nominato una Commissione, una Commissione che si inseriva nei lavori di studio, di indagine, dottrinale ed esegetica, dell'articolo 14, dopo anni, dopo lunghi anni di tentativi che avevamo condotto noi per riuscire ad ottenere possibilmente un positivo risultato, cioè un'intesa, uno stato di convinzione sulla reale portata di questo articolo. La Commissione ha lavorato seriamente, serenamente, come seria e serena è stata la discussione che del tema si è fatta qui. Eppure, anche la Commissione uno stato di convinzione accettabile sulla portata di questo articolo non è riuscita a raggiungerlo. Ed allora che cosa dobbiamo dire? Dobbiamo dire, obiettivamente e secondo verità, che questo articolo pone domande cui è realmente difficile dare delle risposte. Questo articolo rappresenta una difficoltà obiettiva di cui si deve dare atto, e questo lo dico, prima di tutto, per i colleghi del S.V.P., i quali hanno riconosciuto nella loro relazione che il tema che stiamo trattando è realmente complesso. Lo hanno riconosciuto. Ma vorrei che la stampa tedesca, locale e non locale, facesse la stessa valutazione e riconoscesse che l'applicazione più o meno parziale, o la non applicazione, di questo articolo, fin qui è da ascrivere a difficoltà reali circa l'interpretazione della sua portata e non è

il frutto di una presunta nostra volontà di negare il riconoscimento a diritti che la collettività tedesca intende di avere acquisito; non è il cosciente rifiuto dell'applicazione dello Statuto che ci pone in queste condizioni, ma solo situazioni, di cui deve essere dato atto serenamente, che sono al di là e al di fuori di quella valutazione politica che del fatto è stata fatta. Guardate che se in questo atteggiamento, leale e obiettivo, di riconoscimento delle difficoltà, si ponesse la stampa tedesca, si riuscirebbe a disavvelenare il tema da quegli aspetti polemici deteriori, che non aiutano assolutamente nessuno a trovare uno sbocco finale.

**CAMINITI (P. S. D. I.):** Illusioni!

**ODORIZZI (Presidente della Giunta - D. C.):** Sarà un'illusione, Caminiti, ma ripeto, se questa contingenza qualche cosa ci deve insegnare traendo realisticamente le conclusioni da quanto è avvenuto, mi pare che si debba convenire su quanto ho prima detto.

**CAMINITI (P. S. D. I.):** Me lo auguro!

**ODORIZZI (Presidente della Giunta - D. C.):** Un'altra cosa da dirci, sempre perché si faccia, della vita e dell'attività nostra, un po' dappertutto un giudizio obiettivo che caratterizzi e distingua il vivere civile, il nostro vivere civile regionale, è questa: anche le minoranze di opposizione, in passato, soprattutto prima che avessero la possibilità di misurarsi con le difficoltà concrete di questo tema, affermarono spesso che la mancata conclusione ed il mancato raggiungimento di una soluzione erano dovuti ad una insufficienza del partito di maggioranza, ad una incapacità, oppure erano dovuti a mancanza di volontà suggerita da suggestioni politiche. Oggi bisogna pur dare atto che se anche le minoranze non si trovano assolutamente nella condizione di poter dare l'adesione a questo disegno di legge che il S.V.P. ci presenta, non può essere criticata in nessun modo la D.C. che si è rifiutata in passato di dare la propria adesione a disegni di legge che erano senza dubbio peggiori di questo. L'atteggiamento nostro era un atteggiamento necessario, doveroso, di coerenza con l'interpretazione che seriamente ci sembra corretta dell'articolo 14, e la cautela che abbiamo posto in tutte queste cose, la pazienza che abbiamo posto, non fu che espressione del nostro senso di responsabilità verso l'istituto regionale; non incapacità o inefficienza.

Altra considerazione marginale: questo disegno di legge, riconosceva anche ieri l'Assessore Benedikter, questo sul quale poi il Consiglio dovrà

pronunciarsi, differisce in alcuni punti sostanziali dal disegno di legge che è passato sotto il nome di Dietl, anche se devo ritenere che l'autore di quel disegno non sia stato personalmente il cons. Dietl. Per chi ha avuto modo di conoscere quel disegno, che non fu portato in Consiglio perchè noi non lo potevamo portare avendolo bocciato in Giunta (lo avrebbero potuto portare in Consiglio solo i proponenti), quel disegno di legge, dicevo, di cui io ebbi modo di riassumere le disposizioni essenziali in un altro intervento, che risale al momento in cui abbiamo discusso le dimissioni di Dietl; quel disegno di legge portava disposizioni, particolarmente l'art. 1, che avrebbero attuato *in toto* il trasferimento di tutte le funzioni amministrative alla Provincia senza alcuna distinzione, e altre disposizioni: rifiuto della possibilità di controllo, mancanza assoluta di una norma che regolasse i rapporti fra delegante e delegato, ecc.; quel disegno di legge oggi è ritenuto, almeno in quelle disposizioni, senz'altro errato anche secondo il giudizio dei Consiglieri del S.V.P. che lo hanno modificato, lo hanno sostanzialmente trasformato. E allora dobbiamo dire che le dimissioni di Dietl sono state date perchè noi abbiamo rifiutato l'assenso ad un disegno di legge che oggi lo stesso S.V.P. riconosce sbagliato. La qual cosa ci deve dire che nella situazione di difficoltà in cui ci si viene a trovare tante volte obiettivamente, sarebbe bene non precipitare alcuna decisione, non inasprire le posizioni. E guardate che questo concetto di moderazione, di tolleranza, questo abbandono di posizioni categoriche e perentorie, purchè introdotto con buon senso, con quel buon senso che deve esistere in tutte le cose, significherebbe molto nella nostra vita, anche a proposito del tema stesso che stiamo studiando.

Anche il disegno di legge, che passerà ora in Consiglio Regionale, è errato, a prescindere dalla impostazione del tema fondamentale della interpretazione e della portata dell'art. 14; è errato per le sue disposizioni tecniche, ha ripetuti chiari difetti di impostazione tecnico-amministrativa. E lo dimostrerà la pratica.

Le osservazioni poste nella relazione di minoranza, stesa da Scotoni, e poi amplificate negli interventi verbali, sono osservazioni che meritano la più attenta considerazione. E sono talmente convinto che da un punto di vista tecnico anche questo disegno di legge è sbagliato, che arrivo a fare questa ipotesi, persino: se non intervenisse un rinvio da parte del Governo, o se, intervenuto il rinvio da parte del Governo, la Corte Costituzionale confermasse questo disegno di legge, saremmo tuttavia costretti, alla prova pratica, a riprenderlo in esame e a modificarlo perchè in talune

disposizioni, così com'è, non sarà praticamente operante. E anche questo lo dico nel desiderio che si acceda più facilmente, un po' da tutte le parti, anche da noi, a quel tono ed a quei criteri di discussioni che perdano d'intonazione polemica per acquistare di serietà tecnica.

Questione politica o questione giuridica questa, dell'interpretazione dell'art. 14? E' una domanda che è affiorata più volte in questa discussione. A me pare che si possa rispondere a questa domanda ragionando nel modo seguente: è senza altro questione politica se prendiamo il significato letterale della parola, se vediamo in questo tema un tema che interessa la *polis*, la collettività; è senz'altro questione politica se vediamo in questo tema una particolare rivendicazione del gruppo etnico di lingua tedesca. Può essere una questione politica nella sensibilità con la quale il tema è visto da tutte le correnti, ora in un modo ora nell'altro; ma ad un certo punto c'è un fatto, obiettivo, sul quale convergere la nostra attenzione: il fatto obiettivo è che nella fase finale di elaborazione dello Statuto, a richiesta dei rappresentanti del gruppo di lingua tedesca, fu inserito nello Statuto uno dei commi dell'art. 118, che prese appunto il numero di art. 14, ed in questo inserimento, e con questo inserimento, ed in genere con il complesso delle altre norme contenute nello Statuto, fu raggiunto da parte del gruppo di lingua tedesca tutto ciò che costituiva l'aspirazione ad una autonomia che era rivendicata attraverso gli ufficiali rappresentanti del gruppo etnico tedesco; e fu raggiunto questo consenso in una maniera piena, a mio modo di vedere, almeno se sto, e devo stare, alle dichiarazioni che i rappresentanti autorizzati del gruppo etnico tedesco diedero in quel momento; dichiarazione in cui si diceva: *«In particolare esprimiamo tutta la nostra soddisfazione e quella del gruppo che rappresentiamo, per la comprensione dimostrata nell'esame delle nostre osservazioni e per l'accoglimento di gran parte delle nostre principali richieste, sicchè possiamo constatare con vivo compiacimento che l'Accordo De Gasperi-Gruber intervenuto a Parigi nel settembre 1946, per quanto riguarda il fondamentale problema dell'autonomia è ormai tradotto in realtà».*

Esiste dunque questo fatto storico obiettivo: l'inserimento di questo articolo chiude la fase storica e inizia la fase di applicazione pratica. Ora, nella fase di applicazione pratica, sorge questione su quella che è la reale portata di questo articolo, su ciò che il legislatore costituente ha voluto praticamente disporre con questo articolo. Questa, Signori, è invece questione prettamente giuridica; qui si va a porre + cioè, × un tema che è tema di interpretazione di legge. Questa è questione giu-

ridica ed è in considerazione di ciò che si spiega il nostro sforzo di rendere possibile l'esame in sede giurisdizionale. Si tratta di sapere, nelle differenti interpretazioni date dalle parti, quale è la interpretazione migliore, quale è l'interpretazione che raggiunga la verità. Oggi noi facciamo dunque una questione giuridica, perchè quello che ci divide è il dissenso sulla portata concreta di quello articolo. E a proposito di questa situazione che si è creata, che rende difficile il lavoro dell'interprete, un'altra considerazione possiamo fare, utile per la nostra attività: qui, in questa sede, abbiamo già avuto e potuto dire più volte un po' tutti che è spesso un attentato alla chiarezza, al buon senso e all'organicità delle leggi, l'inserimento di emendamenti all'ultimo momento. In genere una legge è una costruzione astratta che la mente dell'uomo fa ponendosi davanti una certa architettura; quando in quella architettura voi inserite un corpo estraneo, un articolo, una norma presa da un'altra legge, quasi fatalmente create uno scompiglio. Anche qui è avvenuto che lo Statuto era organizzato, era predisposto, aveva creato un ordinamento che vedeva due Province autonome, è stato detto quasi due regioni autonome, saldate insieme in questa cornice territoriale che è la Regione Trentino-Alto Adige. Fra questè due Province, quel legislatore non aveva assolutamente pensato ad un meccanismo quale è quello di cui oggi discutiamo, perchè aveva definitivamente ripartite le materie di cui all'art. 117 della Costituzione, con attribuzioni perfettamente separate. L'inserimento di questo articolo, in questa architettura, parve innocuo. Si disse «è un articolo della Costituzione, tanto deve trovare applicazione, lo poniamo dentro». Il ragionamento era semplicistico e forse l'avrei fatto anch'io in quel momento. Sì, perchè oggi, nel lavoro di interpretazione giuridica che dobbiamo fare, la prima cosa che dobbiamo dirci è che l'art. 14 non è una legge a sè stante, è una norma in una legge, è un articolo in un complesso di articoli, ed il più grande errore esegetico che potremmo fare è di esaminare quell'articolo isolato in sè stesso, non sforzandoci di metterlo in armonia con le altre disposizioni dello Statuto stesso. E le altre disposizioni, credetelo, non sono tali assolutamente da radicare l'interpretazione che sento enunciata particolarmente dal S.V.P.

Come è stato detto nella relazione, nella chiara relazione dell'Assessore Bertorelle ed anche nel suo intervento verbale, basta che pensiate ai due articoli fondamentali dello Statuto, il 36 e il 38. Essi esistono ed essi hanno come legge lo stesso valore dell'art. 14, non c'è nessun dubbio! Ora, se il legislatore costituente, nel momento in cui accettò l'inserimento dell'art. 14, avesse posto pro-

prio davanti ai propri occhi una Regione che non esercita direttamente altro che l'amministrazione eccezionale, perchè l'amministrazione «normalmente» dovrebbe essere esplicata attraverso deleghe alla Provincia, agli enti locali, ai Comuni, o servendosi dei loro uffici, la prima domanda che si sarebbe posta sarebbe stata questa: dal momento che solo un'amministrazione eccezionale può essere esplicata dall'organo Regione, vale prima di tutto la pena di costituire un organo Giunta? Me la sarei anch'io posta una domanda del genere, laddove avessi pensato proprio ad un ordinamento in cui tutta l'attività amministrativa venisse delegata ad altri enti. Se la visione della portata di questo articolo, nel senso di un'attribuzione di tutta l'attività amministrativa ad enti periferici locali, fosse stata chiara nella mente del legislatore costituente, come il costituente avrebbe disposto che il Presidente della Giunta Regionale, con decreto da pubblicare, ripartisce, all'inizio di ogni legislatura, gli affari? Come avrebbe il legislatore definito la Giunta «organo di esecuzione»? Come avrebbe attribuito alla Giunta espressamente l'attività amministrativa per tutti gli affari di interesse regionale? Avrebbe ad essa attribuita solo («l'attività amministrativa per gli affari eccezionali»); avrebbe detto: «l'attività che non può essere in nessun modo delegata a sensi dell'art. 14, è svolta dalla Giunta»; ma dal momento che la dizione dell'articolo 38 è chiarissima, in senso letterale per lo meno altrettanto quanto quella dell'art. 14, è evidente che ci si trova di fronte ad una antinomia che non può essere risolta che con un certo adattamento che noi non siamo riusciti a raggiungere e che speriamo venga raggiunto dall'organo supremo costituzionale, il regolatore della Costituzione.

Io mi spingo più in là: neppure l'art. 118 della Costituzione può essere preso nel senso che potrebbe apparire dal significato puramente letterale delle parole, cioè nel senso che soltanto l'attività amministrativa eccezionale sarà direttamente curata dalle Regioni. Si è trattato solo di un indirizzo. La Costituzione sorse nel clima un po' febbrile di ricerca di una innovazione radicale della vita dello Stato, della vita amministrativa, e in un clima febbrile non sempre si trovano le condizioni migliori per impostare i temi secondo la compostezza tecnica che essi richiedono. Perchè, se così non fosse, apparirebbe fondata, pienamente fondata l'obiezione che mi ero già fatta e che sentii ripresa da Scotoni: ma che razza di ordinamento sarebbe questo, in cui un organo legislativo ha di fronte a sè non un proprio organo esecutivo, ma un organo praticamente *irresponsabile* per l'80% dell'attività amministrativa che l'Ente

deve compiere?! Ma quale situazione costituzionale è questa?! Quale ordinamento veramente meditato possono introdurre simili situazioni? A me questa situazione apparve talmente enorme che approfittai dell'incontro che ebbi con un professore di storia delle costituzioni per chiedere se nella storia delle costituzioni abbiamo qualche costituzione che attui questo strano rapporto di irresponsabilità fra organo esecutivo e organo legislativo. La peggiore delle costituzioni è quella che crea una sutura, una interruzione di responsabilità fra l'organo esecutivo e l'organo legislativo. Immaginate quali difficoltà pratiche ne verrebbero fuori in senso generale e in senso specifico per noi! Andrebbe perduto tutto quel patrimonio di esperienze e di conoscenze dirette dei temi che acquisisce solo un'amministrazione diretta, non un'amministrazione per interposta persona. Verrebbe perduto tutto quel complesso di convinzioni che sorreggono l'attività dell'amministrazione regionale, soprattutto nei confronti dell'attività dello Stato. Io sono un Consigliere provinciale come lo siete tutti voi, conosco il bilancio della mia Provincia come lo conoscono tutti i Consiglieri di Trento e come voi Consiglieri provinciali di Bolzano conoscerete il bilancio della Provincia di Bolzano. Assisto a tutte le sedute, non manco mai, devono esserci ragioni grosse perchè mi assenti da una delle sedute del Consiglio Provinciale o Regionale. Ebbene, quando vado a Roma per la convenzione dell'art. 60, e devo discutere della fondamentale materia dei rapporti finanziari con lo Stato, a proposito di esigenze provinciali non mi autorizzo mai ad aprire bocca, e dico sempre: se avete bisogno di sapere qualche cosa chiamate i Presidenti provinciali, perchè so che, nonostante i miei contatti personali in seno al Consiglio Provinciale, non sono assolutamente in grado di trattare adeguatamente le cose, perchè non amministratore direttamente l'Ente Provincia, non sono in grado di presentare i temi come vanno presentati, nell'interessa della argomentazione e con l'utilizzazione di tutte le esperienze che solo l'amministrazione diretta crea. Ora, persino, dico, nella Costituzione questo art. 118, non può non essere considerato che come un articolo che la legislazione deve poi applicare con buon senso, con la ragionevolezza e con una misura discreta che serva realmente a raggiungere gli scopi che il legislatore si è proposto.

Non mi si dica che nel caso concreto poi la Giunta avrebbe comunque altro campo di lavoro; con riferimento all'art. 38, si dice, la Giunta ha la potestà regolamentare, deve fare i regolamenti delle leggi; poi la Giunta ha l'amministrazione del patrimonio regionale, queste non sono materie

che vengono delegate. Ed allora diciamoci subito: in 8 anni di vita che cosa hanno significato queste due altre attività? Due regolamenti abbiamo fatto, due regolamenti in otto anni di vita, due brevi regolamenti! Quali attività di amministrazione attiva del patrimonio abbiamo dovuto fare? Qualche vendita e qualche acquisto. Tutto qui! Io credo che sulle tremila deliberazioni che andiamo a prendere in un anno, non ne sommiamo dieci che si riferiscano ad attività regolamentari o di amministrazione del patrimonio.

Questa è la portata delle cose, questo è il tema visto nella sua concretezza, non nelle sue impostazioni puramente astratte. Di amministrazione «eccezionale» non ne vedo nessuna, tolta la deliberazione che abbiamo preso a suo tempo per il Polesine. Quale altra amministrazione eccezionale abbiamo fatto? Nessuna! Quindi non è errato dire che se non si vuole credere che il costituente abbia attuato un ordinamento così strano per cui l'organo legislativo non avrà mai di fronte a sé il responsabile dell'amministrazione concreta, se a questa conclusione non vogliamo arrivare, bisogna che persino nella Costituzione, per quanto riguarda la Costituzione, questo tema vada ripreso con una misura che sia veramente quella pratica, quella ragionevole e saggia.

Le relazioni delle minoranze mi sono piaciute perchè hanno posto l'accento acutamente anche su taluni aspetti di dettaglio; mi sembra però che esse non abbiano affrontato il problema di fondo. Per esempio nella relazione di minoranza di sinistra, per intenderci, è stato detto che ci sono tre premesse per l'applicazione ragionevole di questo articolo: la possibilità di ricorso, la possibilità di intervento sostitutivo, la certezza del diritto (certezza che con quell'art. 1 messo lì in quel modo assolutamente manca!) E' stato detto questo. Da Defant è stata detta press'a poco la stessa cosa, nel senso che ha molto insistito sull'opportunità di una graduale introduzione del metodo, ha parlato anch'egli insistentemente della necessità di inserire il ricorso alla Giunta Regionale. Sta bene. Ma il tema fondamentale è questo: qual'è la portata di questo art. 14? Noi ci siamo sforzati e abbiamo dato questa interpretazione, l'abbiamo data anche da tempo molto remoto, perchè è giusto quanto ha ricordato Benedikter, che cioè questo contrasto risale ancora al primo anno di vita regionale, quando abbiamo varato la legge sulle cooperative. Vi ricordate che allora (possono ricordarsene coloro che erano Consiglieri regionali in quella legislatura), Benedikter distribuì una sua nota in cui erano svolte su per giù le tesi che oggi stiamo discutendo; ed allora subito dissi chiaramente il mio pensiero che contrastava con questa

tesi e ne dissi la motivazione. Ora la portata generale di questo articolo, secondo me, tutto considerato (le antimonie dello Statuto; la situazione particolare che si creerebbe con una interpretazione meccanicamente letterale dell'articolo), è questa: il legislatore costituente si è posto a dettare quella norma con la preoccupazione di evitare la eccessiva burocratizzazione, di evitare l'appesantimento delle spese ed arrivare quanto più possibile a forme di decentramento. La qual cosa ci dice che al fine di applicare l'art. 14 secondo questo spirito, dovremmo ogni volta chiederci quale è il metodo migliore al fine di ottenere un risparmio delle spese, una semplificazione burocratica, il migliore servizio nell'interesse del pubblico, del cittadino. Questo è tutto. Ed allora è un giudizio discrezionale che si deve fare di volta in volta; ed allora l'interpretazione perentoria e categorica che si fa da parte di rappresentanti di lingua tedesca a me pare sbagliata, a me pare non producente.

Io poi sono per temperamento un pratico (ad un certo punto sento anche il bisogno delle questioni di principio, senza dubbio, ci sono dei limiti invalicabili nelle posizioni di principio) ed in sede pratica io mi domando: ma, Signori, perchè abbiamo fatto tutto questo can-can intorno a questo articolo? Lo troverei giustificato se si potesse dire che l'amministrazione regionale fino ad oggi ha funzionato male, non ha risposto alle attese, non ha amministrato come si deve il denaro che attraverso le disposizioni dello Statuto e attraverso le convenzioni annuali con lo Stato, si raggiunge, od altro; oppure si potesse dire (*rivolto ai tedeschi*) che vi sono stati usati dei torti, che quindi la collaborazione pratica e concreta nell'esplicazione dell'attività amministrativa con noi si tradusse in un vostro danno: ma nulla di questo c'è! Anzitutto si tratta, come ho detto l'altra volta, in occasione della discussione delle dimissioni di Dietl, si tratta dell'Assessorato all'agricoltura e alle foreste che avete sempre avuto in mano voi, per cui potevate non solo amministrare gli interessi particolari del mondo agricolo della vostra provincia, ma anche quelli della provincia di Trento, alla qual cosa non avevamo obiezioni da fare. Ma poi abbiamo operato, in tutti questi anni di vita amministrativa, abbiamo operato in un atteggiamento di assoluta imparzialità, e non possiamo pensare di avervi fatto il minimo torto dal punto di vista dell'attività amministrativa. Allora che cosa si raggiunge con una modificazione a questo stato di cose? Il fine di separarci; e va perduto tutto quello che potrebbe essere patrimonio rispettivo di esperienze, tutto ciò che poteva essere integrazione reciproca di quelle che sono le naturali

lacune di una impostazione, va perduto tutto quel patrimonio autentico di valori morali che nascerrebbe, che poteva nascere, e mi lusingavo fosse nato, dalla dimostrazione di una attività assolutamente obiettiva e imparziale. Solo se vi fossero stati usati dei torti attribuirei importanza all'art. 14. Quello che è stato fatto fu fatto in uno spirito che storicamente, obiettivamente, deve essere riconosciuto di equità e di equilibrio. Nè si dica che c'è di mezzo la tesi del decentramento, che nell'ansia di cose nuove si deve considerare questo articolo come l'affermazione di un principio che il legislatore costituente ha voluto.

Decentramento: non accontentiamoci delle parole. A proposito di decentramento mi chiedo: non c'è nessun dubbio che l'eccessivo centralismo è sorgente di disfunzioni amministrative, è un malanno dal quale dobbiamo toglierci, non c'è nessun dubbio; ma il decentramento non è metodo che possa essere sbandierato senza una riduzione entro i limiti che vengano suggeriti dall'esperienza pratica. E' già dimostrato che il decentramento oltre certi limiti non è desiderato, non è voluto, non è opportuno, non è razionale. Vi faccio un esempio: una delle rivendicazioni che i nostri Comuni e le Province pongono è quella di centralizzare tutta l'attività stradale. E' vero o non è vero che le Province qui si sentono assolutamente poco provinciali quando chiedono che le strade provinciali passino allo Stato? E' vero o non è vero che i Comuni si sentono molto poco autonomi nella loro aspirazione quando chiedono che le strade intercomunali vengano assunte dalle Province? E' vero! Ma è anche razionale che sia così, perchè il Comune non può avere un ufficio tecnico attrezzato adeguatamente per far fronte a quei servizi. E' molto più opportuno che lo faccia la Provincia. Ma qui si fa un'applicazione del decentramento a ritroso. Si piglia ciò che era comunale e lo si fa diventare provinciale, si piglia ciò che era provinciale e lo si fa diventare statale. Ma è opportuno che sia così. E i lavori pubblici? Sarebbe pensabile che in ordine ai lavori pubblici di interesse comunale si chieda ad ogni singolo Comune di avere un'attrezzatura ed un proprio ufficio tecnico?! Ma questo sarebbe un dispendio, questo sarebbe andare contro le richieste che i Comuni stessi pongono: essi vengono a noi in Regione a chiedere che si pensi ai loro progetti, che si facciano noi i loro progetti, vuoi per i lavori pubblici, vuoi per problemi meno importanti ma per i quali non si sentono preparati, tipo progetti per cantieri di lavoro, per cantieri di rimboschimento, ecc. Potrei fare altri esempi. C'è un limite anche all'attuazione del decentramento, dunque. Oltre ad un certo limite il decentramento si tradurrebbe in

un appesantimento, in un aumento delle difficoltà. C'è un *optimum* nella misura, nelle dimensioni del decentramento, e mi lusingo nel pensare che lo *optimum* da noi è quello che avevamo attuato, è quello che funziona da otto anni senza alcun inconveniente per le nostre popolazioni. Se vado a chiedere alle popolazioni — almeno a quelle che avvicino io — che cosa è l'art. 14, che cosa vogliono con l'art. 14, mi chiedono se ho sognato male, se parlo della luna. Una sola cosa chiedono le nostre popolazioni: di essere assistite e aiutate, di vedere che le cose procedano bene; più in là non domandano nulla. Guardate che in tanti altri campi c'è un certo rifluire a ritroso della concezione estremista del decentramento: nell'organizzazione ospedaliera si afferma già che è stato sbagliato creare perifericamente troppi ospedali che sono costretti ad attrezzarsi per tutti i casi, anche quando certi casi clinici si presentano una volta ogni 3-4 anni, mentre appare molto più razionale la concezione della creazione del «centro ospedaliero» munito di tutta l'organizzazione possibile ed immaginabile per tutti i casi. Dunque il decentramento va visto nelle sue applicazioni pratiche, di volta in volta, e non mi stancherò di dire che quello che abbiamo posto in atto e che può essere migliorato in tante cose, e non ha la presunzione di essere perfetto, quello che è stato posto in atto va bene.

L'atteggiamento della D.C.? Sarà il Capo gruppo che farà le dichiarazioni a nome del gruppo. E' un atteggiamento che nasce dalle dichiarazioni che ho creduto di poter fare quando concludemmo il dibattito circa le dimissioni di Dietl. Allora dissi testualmente: «Abbiamo dichiarato e ripetiamo che essendo vero che la Corte è un organo giurisdizionale, vi metteremo in grado, votando una legge, di avere la possibilità di una pronuncia giurisprudenziale che valga per tutti in una materia a cui si è attribuita tanta importanza. Ripeto, vi metteremo nella condizione di avere una pronuncia che avete diritto di attendervi, e vi dichiariamo che a quella pronuncia ci sottoporremo senza discussioni».

Noi, nella impossibilità di trovare un'adesione convinta ad una soluzione, abbiamo detto: «Non vogliamo presumere di imporvi la nostra tesi, e voi non dovete presumere di imporci la vostra». Se il dissenso è reale, e visto fra parti che vogliono lealmente risolvere il loro caso con una pronuncia superiore, l'unico modo che vediamo possibile è quello di creare le premesse perchè una contestazione in Corte Costituzionale possa sorgere. Perciò non votiamo «no» alla vostra legge, come sarebbe nostro intendimento e nostra convinzione, e ve lo lasciamo passare con la nostra asten-

sione. Servirà questo? Dovrebbe servire prima di tutto in senso morale, perchè questa è certo la dimostrazione di un atteggiamento che non esito a chiamare cavalleresco verso una parte con la quale si è venuti a trovarci in contrasto. Spero che serva e che venga riconosciuto questo senso morale; ne dovrei dubitare se dovessi prendere alla lettera certe dichiarazioni che stamane abbiamo sentito fare dal cons. Dietl, il quale ci ha accusati di caparbieta.

Servirà anche tecnicamente? Ci sono dei dubbi che serva. Ogni uomo che ha un'esperienza giudiziaria sa che non è possibile prevedere a priori quale sarà lo svolgimento di una contestazione; può darsi che serva al 100% se la Corte Costituzionale si proporrà di esaminare a fondo tutto il tema, nell'impostazione generale e nelle sue derivazioni, nelle sue conseguenze; può darsi che serva solo in parte se la Corte esaminerà solo alcune di queste tesi; può darsi, Signori, che non serva a niente, se la Corte, ciò che non mi sembra possibile, non ne esaminasse alcuna o risolvesse il conflitto senza una pronuncia sui temi che abbiamo dibattuto. Comunque l'esperimento va fatto, perchè uno stato di convinzione nei rappresentanti tedeschi non siamo capaci di creare, ed allora, nel difetto delle convinzioni, valga la parola di un'autorità alla quale tutti dobbiamo inchinarci. Può darsi che la Corte dia torto a noi, e noi accetteremo quella pronuncia. Se dà torto a voi, voi dovete accettare la pronuncia come cittadini che sanno che un presupposto inderogabile della vita civile, quando sorga un dissenso di legge, è accettare la pronuncia dell'autorità che lo Stato ha preposta alla soluzione di questi conflitti.

Scotoni diceva: «date una risposta alla mia domanda: vi domando come vi comporterete se la Corte Costituzionale al posto di dire: "si deve fare così" dicesse: "si può fare così"». Ecco, in questo caso avremmo già risolto il tema, perchè la tesi dei tedeschi è: «si deve», la tesi nostra è: «si può». Quando fosse stabilito che «si può», è chiaro per tutti che faremmo uso discrezionale dell'art. 14 e non apparirà più a nessuno, neppure ai rappresentanti del S.V.P., come violazione dello Statuto una decisione che entro l'ambito di un potere discrezionale venisse presa diversamente dal loro desiderio. Oggi è negato sostanzialmente questo potere, da parte dei rappresentanti di lingua tedesca; «si deve», è un imperativo che è posto come soluzione di quel tale articolo.

Ripeto: non sappiamo se questo espediente servirà, esso è certo dimostrazione della buona volontà di giungere ad una soluzione che tolga di mezzo uno degli argomenti che più ci hanno fatto

discutere e faticare in passato. Sono convinto che il tempo trascorso non è trascorso invano, perchè nulla ci ha impedito di svolgere la nostra attività amministrativa in modo soddisfacente per tutti. E mi auguro in ogni caso che questa cosa trovi la sua conclusione in maniera tale che si possa lealmente dire che ognuno si pone di fronte alla legge come un suddito, come un cittadino, come una persona che non discuterà più quando sarà certa che la portata della legge sarà in un senso o nell'altro.

BRUGGER (S. V. P.): Es besteht kein Zweifel, dass der Herr Regionalausschusspräsident recht gehabt hat mit seiner Behauptung, dass wir objektive Schwierigkeit bei der Auslegung des Art. 14 haben, und wenn er den Werdegang erklärt hat, wie der Art. 14 in das Autonomiestatut hineingekommen ist. Es ist aber auf der anderen Seite auch Tatsache, dass wir uns erst seit einem Jahr mit einer gewissen Energie, mit einem gewissen Ernst mit dieser Frage der Anwendung des Art. 14 beschäftigen. Damit es dazu kommen konnte, hat es den Rücktritt eines Regionalassessors gebraucht. Gewiss, der Herr Regionalausschusspräsident hat auch recht, wenn er insbesondere der deutschen Presse empfiehlt, die Bevölkerung über die objektiven Schwierigkeiten bei der Anwendung und bei der Interpretierung des Art. 14 aufzuklären. Ich selbst möchte diese Bitte wiederholen, und zwar nicht an die deutsche, sondern an die italienische Presse. Denn wenn man die Zeitungen des letzten Jahres, insbesondere die Lokalpresse, sagen wir den «Adige» und den «Alto Adige», aber auch die grossen Blätter auf nationaler Ebene gelesen hat, muss man feststellen, dass auch diese wenigstens ebenso sehr, ich behaupte sogar mehr schuld daran sind, dass die Bevölkerung ein Zerrbild dessen vorgesetzt bekommen hat, was hier Gegenstand unserer Diskussion ist.

Dass der Art. 14 für uns nicht nur technische, sondern in erster Linie politische Bedeutung hat, ist eine evidente Tatsache und vielleicht gerade wegen seiner politischen Bedeutung ist die Auslegung des Art. 14 von so grosser Schwierigkeit. Wir haben ja schliesslich und endlich acht Jahre gebraucht, bis wir zu dieser Diskussion im Regionalrat gekommen sind und es ist immerhin ein Fortschritt dahingehend erzielt worden, dass heute wohl alle, mit Ausnahme des MSI-Vertreters, der Meinung sind, dass der Art. 14 Anwendung finden muss. Es wurde bereits von meinem Vordränger erklärt, dass wir auf der Anwendung des Art. 14 als einem uns zustehenden Recht deswegen besonders bestehen, weil wir darin einen wenn auch vielleicht nicht ganz vollwertigen Ersatz für

die integrale Landesautonomie sehen, die wir seit dem Pariser Vertrag angestrebt haben.

Herr Dr. Bertorelle hat in diesem Zusammenhang interessanterweise eine meiner Meinung nach eigentlich unkluge Feststellung gemacht, wenn er sagt, die Vollmachtsgesetze des Staates sollen auf unsere Provinzen keine Anwendung finden, weil diese ja bereits eine besondere Autonomie haben, die uns gerade Gesetzgebungsbefugnisse einräumt. Ich bin der Meinung, dass jemand, der bereits selbst gehen kann, mehr Schuhe braucht, als derjenige, der selbst nicht gehen kann.

Nachdem wir festgestellt haben, dass wir es als ein uns zustehendes Recht erachten, den Art. 14 anzuwenden, geben wir gleichzeitig auch zu, dass es mehrere Möglichkeiten der Anwendung des Art. 14 gibt, behaupten aber im gegenständlichen Falle, dass die in diesem Gesetze vorgesehene Anwendung des Art. 14 auch eine der rechtlich möglichen Anwendungen dieses Artikels ist. Selbstverständlich verstehen wir in gewisser Hinsicht den Widerstand der italienischen Parteien gegen diese unsere Auslegung des Art. 14 und diese gegenständliche Anwendung. Denn wir müssen uns doch schliesslich und endlich darüber im klaren sein, dass wir uns durch das in der Region eingeführte Verwaltungssystem, vielleicht in gewisser Hinsicht im Gegensatz zu dem, was der Herr Präsident des Regionalausschusses behauptet hat, als völkische Minderheit objektiv im Nachteil befinden. Es wäre praktisch unmöglich, dass z. B. der Regionalausschuss einen Präsidenten hätte, der unserer Volksgruppe angehörte. Die zwei Verwaltungsorgane der Region, der Regionalausschusspräsident und der Regionalausschuss, müssen bei der gegenwärtigen Lage der Dinge italienisch sein und es ist im demokratischen Spiel der Kräfte eine Tatsache, dass wir auch im Regionalausschuss in absoluter Minderheit sind. Gewiss, man wird mir dabei folgendes sagen: das Autonomiestatut hat ja doch vorgesehen, dass im Lande, in der Provinz, genau das umgekehrte Verhältnis herrschen soll und damit seid ihr wiederum auf derselben Ebene. Ich möchte aber im Falle dieser Behauptung doch ein Angebot machen und, wenn man glaubt, dass wir im Kräftespiel zwischen Regionalausschuss und Landesausschuss gleichwertig sind, ohne weiteres vorschlagen, dass wir Kompetenzen tauschen zwischen Land und Region! Der Herr Regionalausschusspräsident sagt: ihr habt ja schliesslich und endlich in Trient eure deutschen Regionalassessoren, die verwalten mit uns. Soviel mir bekannt ist, hat es mehrfach im Regionalausschuss Stellungnahmen seitens unserer Regionalassessoren gegeben, die von der Mehrheit einfach überstimmt worden sind; diese Über-

stimmung ist also ohne weiteres möglich. Und zu guter letzt, wenn wir auch auf das interne Organ des Assessors zurückkommen: was hat ein Regionalassessor eigentlich für Befugnisse? Nur vorbereitende Aufgaben hat er zu leisten; die eigentlich durchführenden Befugnisse, die Vollzugsbefugnisse, hat der Regionalausschuss. Wir waren einmal der Meinung — vielleicht ist das noch nicht ganz geklärt — dass der Regionalassessor zwar vielleicht nicht ein voll anerkanntes Verwaltungsorgan wäre, aber doch eine Art Zwischenstellung hätte. Wir haben aber an Hand der Verwaltungspraxis sehen müssen, dass der Regionalassessor vom Rechnungshofe nicht als eigenes Verwaltungsorgan anerkannt wird, und es ist deswegen kein oder kein besonderer Vorteil für unsere völkische Minderheit, wenn wir im Regionalausschuss mit Assessoren vertreten sind, die aber immer eine Minderheit in diesem Regionalausschuss darstellen. Deswegen halten wir bei der Durchführung des Art. 14, was die Landwirtschaft betrifft, unter allen Umständen an unserem Standpunkt fest, dass die Verwaltungsbefugnisse auf dem Gebiete der Landwirtschaft direkt an das Land übergehen müssen.

Herr Dr. Caminiti hat, wie sooft in diesem Zusammenhang, wieder einmal seine Cassandra rufe erschallen lassen gegen die Gefahr, die der italienischen Minderheit in der Provinz Bozen droht. Er ist der Meinung, dass wir als deutsche völkische Minderheit auf dem Vormarsche wären. Wäre es nur so, ich würde es ausserordentlich wünschen! Immerhin möchte ich ihm einen Tausch anbieten, und zwar würden wir, wenn Südtirol zu Österreich gehören würde, der italienischen Volksgruppe eine noch weitergehendere Autonomie einräumen, als wir sie auf italienischer Ebene haben. Wenn wir die Verhältnisse umkehren würden, ich glaube, Herr Dr. Caminiti wäre damit auch nicht zufrieden. Überlegen Sie einmal eine solche Umkehrung der Verhältnisse; Sie würden dann einsehen, dass die italienische Minderheit hier in Bozen wirklich in Gefahr wäre, wenn die Verhältnisse umgekehrt wären, als sie heute sind.

Wir haben bereits behauptet, dass die Durchführung des Art. 14 nach unserer Auffassung keinerlei Schwächung der regionalen Integrität bedeuten würde, muss man sich doch ein für allemal darüber klar sein, dass die Befugnisse, die durch das Autonomiestatut der Region gegeben sind, als Gesetzgebungsbefugnisse in jedem Falle bei der Region bleiben, und es wird daher immer möglich sein, dass die italienische Mehrheit im Regionalrat im Wege der Gesetzgebung auf die Verwaltung der Länder so weit Einfluss nimmt,

dass hier kaum eine Gefahr irgendwelcher Natur bestehen würde, insbesondere dann nicht, wenn, wie in unserem Gesetz vorgesehen ist, die Verwaltungsgewalt bei der Region bleibt. Der Art. 14 gibt uns ja nur die Möglichkeit der Verwaltungsdezentralisation. Die Gesetzgebungsbefugnis, von der ich glaube, dass sie doch die wichtigste und bedeutendste Waffe in der Hand der Region ist, bleibt unangetastet.

Herr RR. Scotoni hat in seiner Darlegung erklärt, dass die Anwendung des Art. 14 eine ausserordentlich gute Ämterorganisation voraussetzt und dass man diese Ämterorganisation eigentlich noch studieren müsste. Wir haben für die dezentralisierte Verwaltung meiner Meinung nach bereits ein recht gutes Beispiel und zwar in der österreichischen Verfassung. Gewiss, die österreichische Verfassung unterscheidet auch zwischen Landeskompetenzen und Bundeskompetenzen; doch es ist äusserst selten, dass die Bundesverwaltung in den Ländern durch eigene Ämter erfolgt, es ist dies geradezu die Ausnahme. Grundsätzlich wird in Österreich die Bundesverwaltung durch die Landesämter durchgeführt und wir könnten ein solches System auch in sehr vielen Fällen bei der Durchführung des Art. 14 anwenden. Es wäre dies die von uns nicht abgelehnte mittelbare Regionalverwaltung über die Landesämter, die der Art. 14 ohne weiteres vorsieht, und wir haben immer betont — und Dr. Tinzl hat dies auch in seinem Memorandum festgelegt —: Neben der Grundregel der Übertragung der Vollmachten ist die indirekte, mittelbare Regionalverwaltung dort ohne weiteres tragbar, wo die entsprechenden Landesämter bereits da sind. Die direkte Regionalverwaltung soll eine Ausnahme bilden und wir sind nicht der Meinung, dass wir diese Ausnahme nicht dann und wann annehmen sollen, wir sind nicht grundsätzlich gegen die direkte Regionalverwaltung Wohl aber sind wir gegen die direkte Regionalverwaltung, trotz der bestehenden regionalen Ämter, auf dem Gebiete der Landwirtschaft und deswegen haben wir gerade auf dieser Ebene die Vollmachtenübertragung in Anwendung des Art. 14 vorgesehen.

Es wird ohne Zweifel auch von den Vertretern der Provinz Trient, den Trentiner Regionalräten, zugegeben, dass die wirtschaftlichen und strukturellen Verschiedenheiten beider Provinzen auf dem Gebiete der Landwirtschaft ausserordentlich gross sind. Ich glaube, dass ich nicht zu wiederholen brauche, was bereits in unserem Begleithbericht zum Gesetzentwurf steht, nämlich, dass wir in Südtirol noch eine Landwirtschaft haben, die als Wirtschaft bezeichnet wird und nicht als soziale Frage, wie dies in der Provinz Trient der Fall ist. Zur Anwendung des Art. 14 auf dem Gebiet

der Landwirtschaft besteht also eine objektive Notwendigkeit, und wegen dieser Notwendigkeit wollten wir ihn jetzt, wie er von uns vorgesehen ist in diesem Gesetz, zur Durchsetzung bringen.

Ich habe dabei über die kulturellen Verschiedenheiten zwischen der Provinz Trient und der Provinz Bozen, über die sprachlichen Verschiedenheiten zwischen Trentiner und Südtiroler Bauern geschwiegen. Immerhin steht einwandfrei fest, dass gerade auf diesem Gebiet die Verschiedenheiten der beiden Provinzen am stärksten sind. Wie wurden diese Unterschiede bisher berücksichtigt? Man hat meiner Meinung nach eine, sagen wir, hybride Lösung gefunden. Nehmen wir z. B. die Lösungen, die in der Berücksichtigung der verschiedenen Bedürfnisse in den Gesetzen 20 und 21 für die Landwirtschaft, sowie im Bewässerungsgesetz gefunden wurden. Wir haben dort Unterkommissionen für die Provinz. Diese Unterkommissionen geben schlecht und recht ein Gutachten ab. Jedoch mit diesem Gutachten ist eigentlich nur eine Richtlinie für den beschliessenden Regionalausschuss gegeben; diese Begutachtungskommissionen haben eigentlich, wenn man es genau analysiert, keine besonderen Befugnisse und Möglichkeiten, sondern leben lediglich von der Gnade des Regionalausschusses. Hat der Regionalausschuss das entsprechende Vertrauen zu ihnen, wird er nicht allzu vieles abändern. Hat er dieses Vertrauen aber nicht, dann kann der Regionalausschuss auch diese Gutachten ohne weiteres ganz radikal abändern, und wir stellen dies, wenn nicht bei den genannten Landwirtschaftsgesetzen, wohl in erster Linie beim Gesetz über die öffentlichen Bauten, dem berühmten Gesetz Nr. 3, fest. Der Landesausschuss, der gerufen ist, ein Gutachten abzugeben, gibt dieses Gutachten ab, dessen Substanz aber in sehr vielen Fällen durch die Region wieder abgeändert wird. Aber um auf die Verwaltung, auf die Durchführung dieses Regionalgesetzes 3 zu sprechen zu kommen: ich glaube, es wird Gegenstand einer anderen Diskussion sein, die Mängel festzustellen, die bei der Durchführung dieses Gesetzes bestehen. Wenn das Land in gewissen Fällen Ansuchen um Regionalbeiträge für öffentliche Bauten ablehnt, sich weigert, Gutachten in bezug auf den Prozentsatz zu geben, wie oft ist es da vorgekommen, dass vom Regionalassessorat für Öffentliche Arbeiten ein Brief an den Landesausschuss gerichtet wird, mit dem Ersuchen, das entsprechende Gutachten unbedingt abzugeben. Ich glaube, dass wenn der Landesausschuss sich weigert, das Gutachten zu geben, dies bereits genügen sollte. So sehen wir, dass bis heute hinsichtlich der gesonderten Behandlung dieser wirtschaftlichen Bedürfnisse eigentlich nicht sehr

viel geschehen ist und die Lösung, die man bisher gefunden hat, ist unseres Erachtens nicht die richtige. Die Lösung ist unserer Überzeugung nach nur im Wege der Vollmachtsübertragung und in Anwendung des Art. 14 in dieser von uns vorgesehenen scharfen und gewiss sehr einschneidenden Form möglich, ohne dabei auszuschliessen, dass wir auf anderen Gebieten eine andere Lösung in der Anwendung des Art. 14 finden können, insbesondere dort, wo die Provinz bereits mit entsprechenden Ämtern ausgestattet ist. Nachdem aber die Region in den Provinzen für die Landwirtschaft bereits die entsprechenden Ämter hat, muss, um den Art. 14 auf dem Gebiete der Landwirtschaft anwenden zu können, unbedingt die Ämterübergabe vorgesehen werden. Wenn wir die Vollmachten ohne Ämterübergabe bekommen würden, was könnte dann der Fall sein? Wir könnten als Provinz neue Ämter errichten und hätten dann innerhalb des Landes einerseits regionale Ämter, die sich Provinzialinspektorate nennen, und andererseits eigene Ämter der Provinz. Wir könnten uns andererseits, was Dr. Albertini in seinem Entwurf vorsah, bei der bevollmächtigten Verwaltung der regionalen Ämter bedienen. Nun, das ist ohne Zweifel eine Umkehrung, eine Verdrehung des Geistes des Art. 14. Es ist nach dem Text des Art. 14 nicht möglich, dass das Land seine Befugnisse oder die übertragenen Befugnisse über regionale Ämter ausübt. Diese Möglichkeit ist im Art. 14 nicht vorgesehen, und weil diese Möglichkeit nicht vorgesehen ist, sind wir auch der Meinung, dass eine solche Lösung gegen den Geist des Art. 14 verstossen würde. Im übrigen würde man meiner Meinung nach auch auf ausserordentlich viele organisatorische Mängel und Schwierigkeiten stossen, wenn man diese Lösung annehmen wollte. Wir haben hier bereits ein Beispiel, das uns abschreckt.

Sie wissen alle, welche Bedeutung in den Gemeinden draussen die Waldaufseher haben. Diese Gemeindewaldaufseher sind Angestellte der Gemeinden und gleichzeitig der Forstbehörde zugeteilt. Wir haben ja in der Provinz Bozen versucht, eine Regelung des Unterstellungsverhältnisses zu finden. Es hat sich jedoch als unmöglich erwiesen, denn es bestehen wegen dieser Waldaufseher in sehr vielen Fällen grosse Meinungsverschiedenheiten zwischen Forstbehörde und Gemeindeverwaltungen und der Beamte selbst weiss im allgemeinen nicht, zu wem er halten soll; befolgt er die Weisungen der Gemeinde, wird er von der Forstbehörde getadelt, folgt er den Weisungen der Forstbehörde, wird er von der Gemeinde getadelt. Das ist ein klassischer Fall, wie ein Beamter unmöglich existieren kann, wenn zwei Herren über

ihn entscheiden, bzw. Rechte auf ihn geltend machen. Diese Verhältnisse würden wir in gleicher Weise für alle unsere Beamten beim Landwirtschaftsinspektorat schaffen, wenn eine Lösung in dem Sinne erfolgen sollte, dass wir uns der regionalen Ämter zur Ausübung unserer eigenen Befugnisse bedienen.

Somit sind wir der absoluten Überzeugung, dass unser Vorschlag, der in diesem Gesetz verankert ist, rechtlich möglich und auch wirtschaftlich angebracht ist, und dass er organisatorisch von Vorteil wäre.

Ich möchte nicht bestreiten, was der Herr Regionalausschusspräsident an Vermutungen in bezug auf die Vollkommenheit dieses Gesetzes ausgedrückt hat. Wir sind uns ohne weiteres bewusst, dass wir nicht imstande sein werden, ein vollkommenes Gesetz auf diesem Gebiete vorzulegen. Unvollkommene Menschen werden kaum vollkommene Gesetze vorlegen können. Jedoch würden wir uns sehr darüber freuen, wenn wir feststellen könnten, dass wir keine wesentlichen Fehler gemacht haben, dass uns das Gesetz durch die Regierung wegen nicht wesentlicher Fehler rückverwiesen wird, und wenn wir bei der Abänderung dieser unwesentlichen Mängel die Unterstützung der christlich-demokratischen Partei hätten, um auf diese Weise zu etwas Gutem zu gelangen, denn ich bin überzeugt, dass sich die Massnahmen, die im Gesetze vorgesehen sind, auch realisieren lassen.

Wenn dies auch schwierig sein mag, irgendeine Möglichkeit wird man vielleicht finden. Sollten Zusatzgesetze notwendig sein, dann würde ich bitten, dass man diese Zusätze, um etwas wirklich Vollkommenes zu erreichen, auch einstimmig in diesem Regionalrat annehmen möge.

(Segue la traduzione dell'intervento Brugger).

*(La traduzione viene spesso interrotta da commenti e proteste).*

**PRESIDENTE:** Siamo in piazza o siamo al Consiglio Regionale?! Sta parlando il traduttore!..

**CAMINITI (P. S. D. I.):** Ma queste non sono cose da dirsi!

**PRESIDENTE:** Fesserie ne sono state dette tante in Consiglio Regionale, e io ho sempre taciuto. *(Continua la traduzione dell'intervento Brugger).*

**CAMINITI (P. S. D. I.):** Il cons. Brugger, pur parlando con un aspetto piuttosto risentito e con atteggiamenti vivaci, ha fatto un intervento gar-

batissimo, un intervento smussato in tutti gli angoli, un intervento che mi permetterei di definire fatto di zucchero e... fiele. C'è indubbiamente molto zucchero, però in fondo quelle poche gocce di fiele sono bastate per modificare l'iniziale assaporata dolcezza di questo suo graziosissimo discorso, il primo che io abbia sentito in questo secondo quadriennio da parte del rappresentante e, mi pare, se non erro, ufficiale, del gruppo del S.V.P.

In fondo il cons. Brugger ha detto, molto garbatamente, che riconosce le difficoltà dell'applicazione dell'art. 14, che riconosce che possono esistere varie interpretazioni dell'art. 14, ma che comunque rimane fermo al progetto di legge presentato, per il quale non solo auspica l'attuazione e l'approvazione da parte del Governo, ma anche chiede l'approvazione da parte dei Consiglieri della D.C., i quali dovrebbero fare un passo solo dall'astensione all'approvazione, non avendo avuto il coraggio di chiedere altrettanto anche alla opposizione, che, ha detto francamente, voterà contro. Ora, vorrei — dopo aver detto mi pare chiaramente che il discorso di Brugger garbatissimo non modifica niente della situazione, perchè non ha proposto una sola variante precisa, reale, giuridica all'impostazione del progetto — dopo di aver detto molto francamente che rimango deluso perchè le ultime gocce di fiele hanno tolto il sapore dell'iniziativa, vorrei richiamare l'attenzione del Consiglio su alcuni punti che mi sembrano interessanti.

Brugger ha detto che la popolazione di lingua italiana si è fatta un falso concetto sulla situazione politica dell'Alto Adige; in sostanza la stampa italiana non ha fatto altro fino ad oggi che montare delle situazioni non esistenti, e quindi bisognerebbe rettificare tutto questo, perchè la verità sarebbe un'altra; non solo, ma ha detto: «guardate che in fondo noi chiediamo l'applicazione e l'approvazione di questa legge perchè ci interessa in modo particolare per il settore dell'agricoltura e foreste», il che vorrebbe far intendere che una volta accontentato sul settore della agricoltura e foreste, il gruppo del S.V.P. non chiederebbe altro, almeno nella mia modesta capacità di comprendere. Ha poi aggiunto che la delega della funzione da parte della Regione alle Province non porta nessun pericolo, perchè in fondo si tratta solo di funzioni che possono essere tranquillamente esercitate dall'Assessore regionale o dall'Assessore provinciale che sono tutta gente appartenente a partiti qualificati, e quindi perchè queste preoccupazioni ed allarmi?!

Avrei gradito che l'Assessore Brugger ci avesse detto almeno una parola su alcuni punti del discorso precedente di Dietl, che rimangono co-

me punti base, che rimangono come punti fermi. Dietl ha fatto un processo storico-politico alla formulazione dell'art. 14 ed all'accordo Gruber-De Gasperi, che se da una parte è stato chiaramente smentito dal Presidente Odorizzi, non è stato però punteggiato da alcun interrogativo da parte di alcun esponente del S.V.P., il che mi autorizza a ritenere che l'impostazione critica data da Dietl, cioè a dire la convinzione che il gruppo etnico tedesco non solo sia debitore di tante cose, ma sia stato ingannato in sede di compilazione dello Statuto, debba ritenersi valida.

Secondo, il cons. Dietl ha detto chiaramente di no al responso della Corte Costituzionale, responso sul quale mi pare si basa non solo, come ha giustamente osservato il Presidente Odorizzi, il vivere civile di una Nazione democratica che vive nell'ambito del diritto, ma sul quale si basa lo stesso criterio di astensione al quale si vorrebbe adattare la D.C. in sede di esame di questa legge. Il «no» del cons. Dietl, malgrado lo zucherino alla vaniglia offerto da Brugger, rimane o non rimane?

Terzo, Dietl ha detto: «il passaggio delle funzioni non ci interessa niente, è un palliativo». Ed allora mi domando: perchè Brugger si preoccupa tanto del passaggio delle funzioni e accenna solo a questo? Perchè di rincalzo Dietl ha detto: «a noi interessa il passaggio degli uffici e del personale, a noi interessa — e questo è un criterio molto chiaro e molto saggio nell'interesse diretto di chi vuole raggiungere il massimo possibile — a noi interessa disporre direttamente delle cose e del personale, a noi interessa fare quello che ci pare in casa nostra». Mi pare che il discorso non abbia bisogno di ulteriori illustrazioni. Così come mi pare che, posta in questi termini la situazione, quale molto onestamente e chiaramente la ha posta Dietl, per noi non resta altra strada che quella di avere ogni giorno più paura e preoccupazione.

Perchè, cari colleghi, le idee sono una bella cosa, le leggi scritte, fatte e codificate, sono altrettanto belle cose, ma poi sono gli uomini che le applicano. Le idee camminano sulle gambe degli uomini, e se questi uomini sono cattivi, per esempio, la loro cattiveria si tradurrà strumentando le leggi stesse che hanno a disposizione in altrettanti atti di cattiveria. Se ad un certo momento, noi quali Assessori e Presidente della Giunta Provinciale, avessimo uomini che la pensano come colui il quale ritiene che tutti gli impiegati di lingua italiana devono essere licenziati perchè sono stati assunti dopo l'infame guerra del 1918 e sono delle infiltrazioni che non possono essere tollerate (e queste idee esistono fra uomini del

partito del S.V.P. che non sono qui dentro, ma che sono parte di quel partito), se queste idee fossero tradotte in atto, capite che accentrando in mano alla Provincia i poteri che oggi si richiedono, non so quale sarebbe la sorte degli impiegati italiani che oggi prestano servizio alle dipendenze della Regione, o dello Stato comandati presso la Regione, che domani diventerebbero funzionari diretti ed esclusivi della Provincia! Mi domando: se questo non fosse il recondito pensiero — e io voglio sbagliarmi — perchè tanto accanimento nel richiedere come punto fondamentale il passaggio non delle funzioni ma del personale e degli uffici? E' stato detto chiaramente che una volta che si ha la competenza ad esercitare le funzioni, chiunque le eserciti non dovrebbe interessare se pensa all'esercizio delle funzioni e al bene pubblico; se invece pensa ad altro — e questo altro lo ho già chiarito ed è inutile che lo ripeta — allora è evidente che il passaggio delle funzioni diventa di secondaria importanza, mentre di primaria importanza diventa il poter disporre del personale e degli uffici, che si potranno modificare nel volger di poco tempo, così come si avrà piacere di modificarli. E del resto, allorchè io assistendo e partecipando alle sedute della Commissione dell'art. 14 ho sentito avanzare la pretesa, da alcuni Consiglieri del S.V.P., che gli impiegati e dipendenti della Giunta Regionale pur passando di diritto, attraverso questa legge che esamineremo, alle dipendenze della Provincia, non potevano essere assunti se non previo il beneplacito della Provincia stessa; e quando penso che per dimostrare che questo era un assurdo giuridico, sociale e morale, ci sono volute due sedute, dopo le quali finalmente, come una grande concessione, è stato accordato che sì, la Provincia non avrebbe posto questa condizione, credetemi che le mie preoccupazioni aumentano enormemente. E' bene che ci parliamo molto francamente in questa faccenda. Non siamo contrari a dare una possibilità di decentramento, che non sia però limitata alla sola Provincia ma che sia estesa ai Comuni e ad altri enti, secondo quanto concorderemo insieme, affinché questo ambito decentramento possa, nei limiti del giusto e del possibile, essere attuato, ma abbiamo il diritto e soprattutto il dovere di preoccuparci delle conseguenze di domani.

Noi che viviamo in provincia di Bolzano abbiamo sempre fatto la Cassandra, è vero, e, credeteci, non a torto. Quando il Consiglio Regionale approvò quelle note leggi sulla Cassa Mutua di Malattia e sul servizio Antincendi, in una delle quali con maggior chiarezza che nell'altra è detto che il personale potrà essere assunto solo quando avrà raggiunto il rapporto limite rappre-

sentato in seno al Consiglio Provinciale di Bolzano per quel che riguarda l'appartenenza ai gruppi etnici, io dissi che questo principio era pericoloso, non perchè si riferiva al Corpo dei Vigili del Fuoco o all'eventuale assunzione di personale presso la Cassa Ammalati, ma perchè le pubbliche amministrazioni autonome della provincia di Bolzano, immediatamente si sarebbero avvalse di questa norma per tradurla e portarla in tutti gli statuti e regolamenti rispettivi. Non sono stato creduto, ma questo è avvenuto. E oggi nelle pubbliche amministrazioni autonome non statali, nella provincia di Bolzano, i cittadini italiani non possono essere assunti finchè non sarà raggiunto il rapporto limite di due terzi di lingua tedesca e un terzo di lingua italiana. Questo principio, che i cittadini di lingua tedesca hanno giustamente invocato nel loro interesse, e che noi altrettanto giustamente non invochiamo nel nostro interesse, questo principio che, per me, era, è e rimane una violazione di tutta la legislazione sul diritto al lavoro, questo principio che oggi purtroppo sta rappresentando, direi, la regola per il diritto al lavoro in provincia di Bolzano, era una delle grosse preoccupazioni che avevamo ed è quella che ci induce ogni giorno ad essere veramente perplessi, ad essere veramente preoccupati, perchè più che una questione di interesse e di funzioni si fa una questione dell'appartenenza ad un gruppo etnico, e si fa costantemente e si opera costantemente la discriminazione etnica. Un gruppo tende a superare l'altro e in questa lotta terribile, frantumando tutti quelli che sono i principi sociali, morali e religiosi, di solidarietà umana, si va avanti cercando di scannarsi l'uno con l'altro. Ed io sono contrario per natura a questo principio, a questa attuazione, a questa visione stranissima della vita umana, che dovrebbe essere orientata in modo diverso. Ma non posso non tenere conto della realtà operante che giorno per giorno si presenta davanti ai nostri occhi. Per questo, pur compiacendomi con Brugger per il contributo di distensione formale che ha portato nella discussione, concludo ritenendo che sul punto fondamentale, sulla sostanza della applicazione dell'art. 14, nulla è cambiato.

Vorrei, prima di finire, rispondere al Presidente Odorizzi: è vero che noi non abbiamo, almeno nelle relazioni scritte, non abbiamo in forma esplicita indicato quale era a nostro avviso la precisa soluzione dell'art. 14, ma ci si consenta di rispondere all'avv. Odorizzi, Presidente della Giunta Regionale, con gli stessi argomenti che egli ha adoperato stamane per dirci che come Consigliere provinciale non si azzarda mai ad indicare in sede competente quale dovrà essere la solu-

zione dei problemi che riguardano la Giunta Provinciale. Noi non apparteniamo alla Giunta Regionale e non spetta a noi suggerire la strada che la Giunta intende indicare per la soluzione pratica e giuridica dell'art. 14. Anche perchè — mi consenta ancora l'avv. Odorizzi — pur essendo l'art. 14 uno strumento di diritto, esso va applicato attraverso la politica e quindi molto della sua applicazione risente delle condizioni politiche in cui esso viene applicato. Ed allora noi non abbiamo indicata la strada per l'art. 14, non l'abbiamo indicata in forma specifica e definitiva, però, almeno per quanto riguarda la mia persona ed il gruppo che rappresento, abbiamo anche dato indicazioni ed abbiamo detto che per noi l'art. 14 non è fatto per dare tutti i poteri alle Province; abbiamo detto che per noi l'art. 14 deve essere in eguale misura esteso sia alle deleghe alla Provincia, come alle deleghe ai Comuni e ad altri enti esistenti o da creare, perchè lo stesso Ruini proprio nella relazione all'art. 14 parlava di enti *pararegionali*, e quindi dovrebbero essere enti di nuova creazione; e se ad enti di nuova creazione la delega può essere data, è evidente che per enti già esistenti questa delega non si discute.

Signor Presidente, concludiamo dicendo che votiamo contro questo progetto di legge, e votiamo contro perchè, mi perdoni, non ci facciamo illusioni, cioè a dire non crediamo a delle possibilità di ammorbidimenti reali, non crediamo alla possibilità di un ritorno sostanziale del gruppo etnico tedesco, o, meglio, del S.V.P. sui principi basilari per i quali esso ha posto una questione pregiudiziale; ed allora, come è nostro costume, preferiamo prendere una posizione decisa perchè altrettanto decisi sono i nostri colleghi.

PRESIDENTE: Chi prende la parola nella discussione generale? Il cons. Defant ha la parola per la seconda volta.

DEFANT (P. P. T. T.): Io sono relatore e posso parlare anche tre volte (*Ilarità*).

CAMINITI (P. S. D. I.): Bravo, Defant!

PRESIDENTE: Ma le fa male alla salute!

DEFANT (P. P. T. T.): La ringrazio, Presidente!

PRESIDENTE: Anche se lei può intervenire tre volte, io dico solo che ora parla per la seconda volta.

DEFANT (P. P. T. T.): Sono debitore di una

risposta innanzi tutto all'Assessore dott. Benedikter per i concetti da lui espressi sull'istituto del ricorso. Vorrei spiegare all'Assessore che la richiesta del ricorso è stata uno dei postulati fondamentali di noi autonomisti trentini. Non basiamo i nostri diritti certamente sul Trattato di Parigi, ma vi è una legge formale che prevede l'accoglimento di tutte le autonomie di queste Province nella legislazione italiana. Questa è la legge 26-9-1920, n. 1322, che non è mai stata abrogata. Pensi che prevede anche l'accoglimento delle autonomie comunali, che sarebbe un'autentica rivoluzione per l'ordinamento comunale italiano. Altro che la Regione! Dunque, si può ben capire perchè il ricorso sia stato richiesto pressantemente da tutti coloro che hanno, per ragioni professionali, contatto con le autorità politiche e amministrative.

Amministrazione politica: in materia pubblica non esiste il rapporto che non sia politico, tutto è politico! L'hanno chiesto, perchè? L'esperienza trentennale fatta con il ricorso giurisdizionale ha insegnato a tutti i cittadini che con il ricorso giurisdizionale anzitutto si spende troppo denaro, poi si spreca troppo tempo e si hanno le medesime probabilità di successo che con il ricorso amministrativo. L'egregio professore Zanobini ha voglia di dire che il ricorso giurisdizionale non offre queste grandi possibilità! E' vero, i teorici esprimono anche loro le proprie opinioni. Un fatto è sicuro però: che il ricorso giurisdizionale ha resistito nei secoli a tutti i regimi, persino ai regimi totalitari. Ha resistito perchè? Perchè offre al cittadino lo strumento più sicuro, più agevole, più economico, per far valere e tutelare i propri diritti. Questa è la realtà storica! Oggi per la prima volta, in un'assemblea pubblica della massima importanza, lo vediamo escluso per la speciosa dichiarazione che potrebbe costituire una interferenza della Regione negli affari della Provincia. E' questo il punto, signor Assessore, che io vorrei smantellare. Il ricorso è un rapporto fra il privato cittadino e la pubblica amministrazione, non è un controllo politico! Ogni ricorso che motivasse la sua esistenza su un qualsiasi rapporto di natura politica dovrebbe essere automaticamente respinto dall'autorità adita. La legge prevede che il ricorso sia personale e di diretto interesse; quindi nessuna divagazione di alcun genere, nemmeno politica. L'autorità adita in questo caso potrebbe occuparsi esclusivamente del caso denunciato dal cittadino, perchè il controllo politico lo effettuerebbe in base all'art. 9, con gli interventi che la autorità politica delegante crede opportuno effettuare. Quindi è errata la motivazione che lei porta per l'eliminazione del ricorso gerarchico,

mentre accogliendo dà a tutti i cittadini la garanzia che la nuova organizzazione, se si effettuerà, risponde pienamente alla tutela, se eventualmente fossero violati, dei diritti e degli interessi, senza pregiudicare il prestigio dell'autorità amministrativa. Nessun ricorso può appellarsi per casi che eccedano la sfera dei diritti personali. Questa è la caratteristica precisa del ricorso; questo è uno dei motivi per cui il ricorso amministrativo ha sempre resistito nei secoli, sempre! Il fascismo non è riuscito ad abrogare il ricorso amministrativo, anzi abbiamo qui una legge che esclude tassativamente il ricorso giurisdizionale. Lei può dire che questo è forse un danno. Io ragiono dal punto di vista dell'esperienza. Lei chieda a cento cittadini che hanno trattato con le autorità, se preferiscono il giurisdizionale o l'amministrativo. Vedrà che su cento richieste avrà cento risposte: il ricorso amministrativo. Se lei aspetta quel famoso Tribunale di giustizia amministrativa che figura nella Costituzione repubblicana e nel nostro Statuto...

MOLIGNONI (P. S. D. I.): Muore cantando!

DEFANT (P. P. T. T.): Se proprio si muore cantando non lo so, ma si muore certamente. Effettivamente è una promessa, è un programma, come dice l'avv. Bertorelle, è un programma che sarà realizzato a piacimento di quella maggioranza parlamentare che domani si formerà.

Quindi noi nella nostra Regione abbiamo un preciso dovere: se questo decentramento si farà, si deve introdurre per il singolo cittadino almeno questa garanzia, che non va interpretata come controllo politico. Lei stesso, nella relazione da lei firmata, all'art. 9 ammette tutta una serie di controlli e tutti controlli posticipati. E se lei giudica il ricorso amministrativo dal punto di vista del controllo, il controllo anche in questo caso sarebbe posticipato, cioè successivo, quindi non vedo motivi di timore da parte del gruppo tedesco per l'introduzione del ricorso; non vedo, perchè controlli non ve ne sono. Perciò la pregherei, nell'interesse del diritto, di uno dei diritti fondamentali del cittadino, di accordare questo ricorso.

Per il resto noi siamo per il decentramento netto e preciso. Noi calcoliamo che il problema giuridico dell'art. 14 sia risolto, perchè, come abbiamo detto l'altra volta, qui c'è un imperativo, anche se hanno detto che è indicativo. Se il verbo «esercitare» è indicativo, come giudicano questi signori la norma dell'art. 16: «I Presidenti delle Giunte Provinciali esercitano le attribuzioni spettanti all'autorità di Pubblica Sicurezza»? E' anche quello indicativo? Vorrei chiederlo ai Presidenti delle Giunte Provinciali: è indicativo o im-

perativo? le esercitano queste facoltà o no? Le devono esercitare, perchè altrimenti il Ministero dell'Interno le esercita per conto suo e prende provvedimenti a carico loro. In questa materia sembra che sia interpretato come una delega. Questa è pure la dizione dello Statuto, «esercitano», indicativo. E' l'indicativo del giurista, e l'indicativo dei giuristi è imperativo. Se il legislatore avesse dato facoltà in questa materia avrebbe detto: «può esercitare», ma non l'ha detto; ha detto: «esercitano», dando la facoltà di scelta della delega o del conferimento degli uffici, e ciò diventa un problema politico, perchè dipende dal giudizio dell'Assemblea scegliere questa o quella facoltà, questo o quel tempo, questa o quella forma di conferire. Quindi è un problema politico, non c'è alcun dubbio, credo che nemmeno la Corte Costituzionale possa varcare questi limiti. Non credo che possiamo attribuire alla Corte Costituzionale dei poteri esecutivi. Quindi per noi è già risolto.

Volevo solo ritornare su quello che ha detto il Presidente della Giunta, cioè che la centralizzazione è necessaria. Per noi è necessaria nell'esercito, nella politica estera, nelle ferrovie, nelle strade, ed in tutte quelle attività che esulano dalla capacità amministrativa delle amministrazioni locali. Ma in tutte le altre si dovrebbe decentrare. Questa è la nostra dottrina, alla quale restiamo fedeli, perchè la storia dei più progrediti Stati del mondo dimostra che questa forma di amministrazione è assai migliore della forma di amministrazione in uso in Italia, in Francia e in Spagna. Questa è la realtà storica! Non credo che il cittadino italiano sia intellettualmente e moralmente inferiore a quello americano! No, è la nostra situazione storica che ci ha abituati a un ragionamento simile, ma noi vogliamo rompere questa situazione storica, decentralizzare nei limiti del ragionevole. Noi non vogliamo fare la politica estera, non vogliamo fare le strade noi, perchè non ne abbiamo la capacità, ma quello che possiamo fare noi lo vogliamo fare noi, perchè questo si chiama effettivamente esercizio della libertà! A che cosa tende il decentramento? Tende ad estendere, ed a far comprendere *fisicamente* il concetto della libertà al cittadino. Ricordiamoci bene che ogni centralizzazione è una manifestazione di volontà di dominio. Dai più vecchi agli odierni scrittori di scienze politiche c'è questa affermazione, confermata dai fatti: quando si vuole dominare bisogna centralizzare, senza amministrazione centralizzata non si domina. Avete mai visto una dittatura con un decentramento amministrativo? Tutto ciò che porta al dominio deve essere centralizzato. Questo è un assioma per cui non si potrebbero far le guerre se non si centra-

lizzasse l'esercito, sta nella meccanica delle cose. Se invece vogliamo distribuire la libertà, dobbiamo decentralizzare nella misura del logico e dell'umano. Ecco perchè siamo per il decentramento. Anche se nell'Alto Adige si fosse tutti italiani, sosterremmo questa assoluta, inderogabile necessità del decentramento. Se poi c'è una esigenza etnica non si discute nemmeno. Si aggiunge a una causa un'altra causa, a un'esigenza un'altra esigenza. Ma la motivazione del decentramento non è di natura etnica, è di natura politica, è una esigenza suprema della libertà del cittadino. Per questo sono state create le Regioni, è stato fatto un timido passo in avanti. Siamo ben lontani dal raggiungere la situazione politico-amministrativa della Svizzera, ma un passo l'abbiamo fatto anche noi, decentrando almeno in quattro Regioni. Ecco perchè sosteniamo il decentramento, logico, attuabile. Tutte le cose hanno dei limiti ben segnati dalla natura delle cose stesse. Le cose più elementari hanno i loro limiti, però questi limiti devono essere raggiunti.

E' per questo che diciamo che l'art. 14 è stato nella mente del legislatore, perchè il legislatore della Costituente era preoccupato di salvaguardare la libertà della Repubblica e lo sapeva benissimo; un onorevole Ruini, un onorevole Mortati sanno che cosa fanno, sanno che cosa dicono, non sono gli allievi della scienza politica, sanno benissimo che la libertà è radicata nelle istituzioni, soprattutto nel Comune, poi nella Provincia, poi nella Regione, e soltanto in ultima analisi nello Stato. Ecco perchè hanno pensato al Comune, e non, come ha detto Caminiti, «distribuire equamente»: non si distribuisce, non si può avere una bilancia e distribuire le materie decentrate, come fa il droghiere con la merce! Occorrono quei criteri che da noi hanno già una lunga tradizione, quei criteri che soddisfano il cittadino.

Noi, ripeto, abbiamo proposto il distretto perchè avevamo l'esperienza fisica del distretto e sapevamo che con pochi passi, con pochi soldi, si poteva ottenere il soddisfacimento di determinati diritti. E questa è una potenza politica che soltanto chi l'ha esperita può valutarla, di più che tutte le propagande, di più che tutti gli interventi finanziari! Quando io in poco tempo posso avere la soddisfazione di un diritto o la soddisfazione di un interesse leso, questo è il fondo della democrazia umana, della democrazia moderna. E' per questo che sosteniamo la decentralizzazione. Certo è che la responsabilità prima sta nella Democrazia Cristiana, il partito più forte, il quale ha il merito storico indiscutibile di aver posto sul tappeto della Nazione il problema della decentralizzazione. Questo merito ce l'ha e glielo

riconosciamo, ma solo un passo è stato fatto, altri bisogna compierne. Ed in questo caso solo un accordo fra i due partiti può risolvere il problema. Si richiede la decentralizzazione di undici leggi: può darsi che accettino il passo invece che su 11 su 5, non lo posso dire, certo è che solo l'accordo fra i due partiti di maggioranza può portare ad una soluzione soddisfacente. Il giudice non soddisferà mai nessuno, anzi lascerà sempre insoddisfatto o l'uno o l'altro o tutti e due. E' per questo che prego l'Assemblea, e in particolare i due partiti di maggioranza, di avvicinarsi e di discutere con criteri più dettagliati e comprensivi questo problema.

**MOLIGNONI (P.S.D.I.):** Cominciamo da capo!

**MITOLO (M.S.I.):** Una Commissione dei 18, facciamo!

**DEFANT (P.P.T.T.):** Non so a che cosa si arriverà, ma è evidente che solo dai due partiti di maggioranza possono uscire delle soluzioni. Noi possiamo suggerire qualche cosa, ma siamo impotenti. La nostra forza politica, il nostro peso specifico politico è insufficiente per influire sia sull'uno che sull'altro. Però da parte nostra il principio del decentramento lo approviamo, e approviamo anche — se il diritto del cittadino sarà rispettato, perchè il ricorso rispecchia il diritto del cittadino — approviamo anche questo. Se però lo accordo che si raggiungerà sarà su basi differenti, approveremo anche quello; l'essenziale è che si raggiunga il decentramento, e noi siamo per il decentramento perchè sappiamo e conosciamo il significato politico e sociale del decentramento.

E su questa base noi diamo l'approvazione, sempre che tale diritto fondamentale del cittadino sia rispettato, perchè è stata una delle richieste più pressanti, più urgenti di decine di migliaia di persone, e se noi abbandoniamo i diritti fondamentali che preesistono al diritto dell'autonomia stessa, che cosa dobbiamo fare?

Quindi, prego specialmente i colleghi del S.V.P. di essere in questo caso più comprensivi e di tentare questo esperimento. Lo potete anche abolire, avete la maggioranza; non lo volete più? con un tratto di penna si abolisce. Ma una volta introdotto, vedrete che saranno i vostri concittadini ad esigerlo, perchè strumenti simili non si abbandonano facilmente, hanno una vita di secoli e non credo che in dieci giorni uno strumento del genere possa essere dichiarato invalido e quindi abbandonato. Perciò, ripetendo la dichia-

razione già fatta, dichiaro che con questa premessa darò il mio voto favorevole.

**DIETL (S.V.P.):** Sarò breve perchè siamo pressati dal tempo, però ritengo necessario dare una risposta alle osservazioni formulate dal cons. dott. Caminiti, non tanto perchè lo meriterebbero come consistenza, bensì per la considerazione che chi tace acconsente.

Caminiti, praticamente, per quanto riguarda il mio intervento di stamattina, ha mosso tre o quattro osservazioni. Innanzi tutto ha sollevato degli alti lai per la sorte dei funzionari e impiegati del gruppo etnico italiano in provincia di Bolzano che, in base all'art. 14, con gli uffici doversero passare alla Provincia di Bolzano. Dovrebbe dare una risposta il Presidente della Giunta Provinciale, perchè, mi pare, è un'offesa nel vero senso della parola avanzare tali argomenti che suonano di demagogia vera e propria. Difatti da otto anni abbiamo un'amministrazione provinciale nella quale il gruppo etnico tedesco è in maggioranza, e adesso faccio una precisa domanda: in questi otto anni gli appartenenti al gruppo etnico italiano sono stati forse torteggiati? Sarei grato di una risposta a questa domanda. Fare osservazioni simili significa fare della demagogia vera e propria, e suona offesa.

In seconda linea Caminiti ha detto che io ho fatto un processo storico-politico per quanto riguarda l'inserzione dell'art. 14 nello Statuto di autonomia. Non ho fatto un processo storico-politico, ho solo citato le fonti, le documentazioni chiare e precise perchè lo ritenevo necessario e opportuno, tanto più che da parte di alcuni membri della Commissione era stato chiesto perchè queste premesse non erano state sollevate da parte del nostro gruppo.

Per quanto riguarda poi il problema della Corte Costituzionale, basta che citi un ampio commento fatto da parte della «Alpenpost» in merito; ognuno se vuole può leggerlo, ed il fatto che il commento sia dell'«Alpenpost» mi pare sia una dimostrazione chiara e precisa per chi è un po' addentro nelle cose, in quanto l'«Alpenpost» non pecca certo di partigianeria per me.

Come ultimo, e mi dispiace che Caminiti non sia qui, gli vorrei chiedere ancora un'ultima cosa: siccome egli è, oltre che Consigliere regionale e Consigliere provinciale, anche direttore dell'Ente Provinciale del Turismo di Bolzano, vorrei chiedergli se, quale direttore dell'Ente del Turismo, ritiene che l'applicazione dell'art. 14 non debba avere la stessa importanza che ha nel settore dell'agricoltura e foreste. Altro non ho da aggiungere.

**PRÉSIDENTE:** Chi altri chiede la parola? Nessuno. La discussione generale è chiusa.

Si passa alla discussione degli ordini del giorno. Avverto che per Regolamento *«sugli ordini del giorno non può intervenire che un solo Consigliere per ciascun gruppo consiliare, salvo che per il proponente; gli altri interventi non potranno superare i dieci minuti. Non è concessa la parola per dichiarazione di voto»*.

Il primo ordine del giorno lo ha presentato il cons. Mitolo, ed è stato distribuito a tutti. Adesso lo leggo:

*Il Consiglio Regionale, esaminato il problema dell'art. 14 dello Statuto per l'autonomia del Trentino-Alto Adige,*

*constatato che la sua attuale formulazione rende difficile, se non impossibile, l'attuazione, non essendone precisati la portata e i limiti,*  
*decide*

*di presentare al Parlamento, facendo uso della facoltà prevista dal capoverso dell'art. 88 dello Statuto, un progetto di riforma dell'articolo, che suoni nella seguente nuova formulazione: «La Regione può esercitare le proprie funzioni amministrative per delega alle Provincie, ai Comuni e ad altri Enti locali».*

*Dà mandato alla Giunta Regionale di concretare al più presto la proposta, che dovrà essere presentata, nella forma di progetto di legge costituzionale, al Consiglio Regionale per la sua approvazione e l'inoltro al Parlamento entro la prossima sessione.*

**MITOLO (M. S. I.):** Ho chiesto la parola per ampliare la breve illustrazione di questo ordine del giorno che ho presentato ieri durante il mio intervento in sede di discussione generale. Se ieri avevo dei motivi per ritenere che la soluzione proposta con questo ordine del giorno fosse la più adeguata, oggi, dopo aver sentito gli ulteriori interventi dei colleghi e specie quello del Presidente della Giunta, ritengo che questa sia veramente la unica possibilità di uscire dal vicolo cieco nel quale ci siamo chiusi con la discussione sull'art. 14. Nessun gruppo di questo Consiglio ha nascosto che la difficoltà di interpretazione è quindi di applicazione di questo articolo è non solo realmente esistente ma anche insormontabile. Nel chiaro e lucido intervento del Presidente della Giunta, che per me potrebbe costituire la migliore relazione alla presentazione ed attuazione della proposta che ho fatto attraverso l'ordine del giorno, si è detto chiaramente che l'inclusione dell'art. 14 nello Statuto di Autonomia per il Trentino-Alto Adige ha costituito un vero e proprio errore. Il Presidente della Giunta ha detto che errata è stata la

impostazione tecnica di questo articolo, ed ha ancora dichiarato che l'inserimento dell'art. 14 nello Statuto ha costituito un turbamento dell'organicità dello Statuto, perchè esso non è in armonia con le altre norme.

Ho citato ieri alcuni passi della relazione del cons. Defant, molto significativi soprattutto per la fonte dalla quale provengono; vorrei ora richiamarmi a quanto dichiarato dal cons. Brugger oggi, il quale ha ammesso che la difficoltà esiste ed è enorme, e vorrei rifarmi inoltre a quello che ha detto in cons. Caminiti poco fa per completare il quadro, diciamo così, delle posizioni politiche che sono state prese di fronte a questo articolo. Siamo tutti d'accordo che questo articolo è errato, è nato male, e che questo articolo contiene difficoltà non superabili. La stessa discussione che è stata fatta su di esso lo dimostra senza bisogno di ulteriori commenti. Da parte del Presidente della Giunta è stato persino affacciato il dubbio che la soluzione di questo problema possa venire dal ricorso alla Corte Costituzionale. Se la Corte Costituzionale viene investita dell'esame di un progetto di legge, essa dirà solo se questa legge rispetta i principi della Costituzione; non potrà certo dire come deve essere applicato l'art. 14; e soprattutto non potrà intervenire nella delimitazione della portata politico-amministrativa di questo articolo. Ed allora, dal momento che siamo tutti convinti che questo articolo è errato, dal momento che sappiamo che noi come Consiglio Regionale abbiamo la facoltà in base all'art. 88 dello Statuto di presentare al Parlamento proposte di modifiche dello Statuto, perchè non vogliamo risolvere questo problema nell'unico modo chiaro e possibile, cioè a dire quello di riformare l'articolo, in modo che esso rispecchi chiaramente nella sua formulazione letterale quella che è la tesi, riconosco, non di tutto il Consiglio, ma della maggioranza del Consiglio? Nella formulazione che ho proposto si rispecchia la tesi che la Regione può fare uso della delega amministrativa secondo i principi che regolano questo istituto, quei principi ai quali lo stesso Stato si è richiamato quando esso Stato ha concesso alla Regione la facoltà di amministrazione delegata. Credo che solo così noi potremo veramente risolvere il problema, solo così soprattutto potremo eliminare tutte le difficoltà e tutti gli ostacoli, e solo così potremo assumerci veramente una cosciente responsabilità con una posizione netta, chiara e precisa.

Vogliamo che l'art. 14 rappresenti la facoltà della Regione di delegare l'esercizio delle proprie funzioni amministrative non in senso normale, ma solo in senso eccezionale? Diciamolo chiaramente! Siccome questo lo possiamo fare attraverso

una precisa facoltà che lo Statuto ci dà, se rinunciassimo a questo dimostreremmo che non vogliamo veramente risolvere il problema, e solo così in forma netta, chiara e precisa dimostriamo il senso di responsabilità che ci deve animare come membri di questo Consiglio e come uomini politici, uomini pubblici; solo in questo modo potremo assolvere effettivamente al nostro mandato. Altrimenti noi saremo qui il prossimo anno ancora a discutere intorno all'art. 14, perchè prima che questo problema venga sottoposto all'esame della Corte Costituzionale passeranno diversi mesi, prima che venga esaminato dalla Corte Costituzionale ne passeranno ancora di più, e prima che la Corte Costituzionale decida ne passeranno non si può dire quanti. Soprattutto non abbiamo la certezza che il responso della Corte Costituzionale risolva alle origini questo problema. Badate che dal punto di vista politico che mi ispira, avrei potuto anche non presentare questa proposta. In fondo questa discussione, questa diatriba, queste dispute costituiscono la riprova di certe tesi che noi antiautononomisti sosteniamo e potremmo compiacerci che queste dispute, queste diatribe durano non soltanto a lungo ma non riescono nemmeno a risolversi. Tutto questo potrebbe anche giovare a noi, ma, proprio nella responsabilità che ci deriva dal fatto di essere coscienti di un mandato politico che dobbiamo assolvere nell'interesse della cosa pubblica, proprio per questo fatto vogliamo adoperarci anche in senso positivo alla soluzione di problemi concreti. E se ho presentato questa proposta è perchè sono fermamente convinto che soltanto da una assunzione di responsabilità chiara, netta e precisa come quella che la proposta comporta, il problema potrà essere risolto.

Io mi auguro che il Consiglio non sia animato da posizioni preconcepite nei confronti di coloro, di quel gruppo, di quella persona che questa proposta presenta, e la possa e la voglia esaminare con quel senso di obiettività e di responsabilità che il problema esige.

ODORIZZI (Presidente della Giunta - D. C.): Anzitutto devo ritornare un po' su quanto ho detto prima, perchè, almeno in parte, il pensiero che ho espresso non si copre con il riassunto del mio pensiero fatto dal cons. Mitolo. Io ho affermato NON che l'art. 14 sia sbagliato in se stesso; io ho affermato che è stato un errore metterlo in uno Statuto che era stato già predisposto con una sua particolare struttura, per cui sorgono delle antinomie che rendono difficile, faticosa e perplessa l'interpretazione. Non l'articolo come tale dunque, ma quella sua inserzione all'ultimo mo-

mento, senza pensare ad una revisione di tutto il rimanente complesso delle disposizioni statutarie.

Poi, per quanto riguarda il dubbio sulla possibilità che la soluzione giurisdizionale giovi e venga, il dubbio lo ho espresso in questo senso: ho detto che nessuno può sapere quando ci si imbarca in una contestazione giurisdizionale quale sarà non solo l'atteggiamento in senso di decisione della Magistratura, ma anche quale sarà lo sviluppo della argomentazione. Ho detto che può darsi che la Corte affronti nella sua motivazione la questione di fondo e le sue derivate, può darsi che affronti solo qualcuna di queste questioni, può darsi che non ne affronti nessuna. Non lo sappiamo. Però, nella situazione in cui ci troviamo, volendo dare la possibilità di una pronuncia giurisdizionale, non abbiamo altra possibilità che di mettere la premessa procedurale affinché la contestazione sorga, la qual cosa vuol dire che questa legge passi affinché appunto il Governo, come ritengo e penso, ma non mi posso impegnare su questo, attraverso il rinvio, faccia sorgere la premessa del ricorso.

Per quanto riguarda poi la sostanza, noi, io almeno, non potrò votare questo ordine del giorno non perchè mi dispiacerebbe la formula della modificazione che andrebbe completata con riguardo a quelle finalità tecnico-amministrative di cui ho parlato, ma perchè mancheremmo a quel tale nostro impegno di consentire che la cosa giunga a una pronuncia giurisdizionale, senza voler fare prevalere il nostro pensiero in questa materia, votando un ordine del giorno che porta già il Consiglio a chiedere la modificazione in un senso interpretativo che sappiamo contrastato e non accettato dal gruppo del S.V.P. Quindi, coerentemente con il nostro impegno, noi, almeno io — non credo con questo di anticipare la proposta del gruppo — mi asterrò dal voto.

AMONN (S. V. P.): Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Behauptung, die früher aufgestellt wurde, «der Art. 14 sei durch einen Irrtum oder Fehler in das Statut gekommen», vollkommen abwegig ist. Leider ist von den Herren, die in Rom die Verhandlungen geführt haben, keiner mehr im Regionalrat anwesend, damit er persönlich bezeugen könnte, wie schwierig sich die Verhandlungen über diesen Punkt gestalteten und wie sie endlich zu dem Ergebnis führten, das wir hier in der Fassung des Artikels 14 vor uns haben.

Es wurde lange darüber verhandelt, ob der Art. 118 der italienischen Verfassung in das Statut der Region aufgenommen werden soll. Von unseren Vertretern wurde dies ausdrücklich ver-

langt, und zwar noch mit einem erklärenden Zusatz, der die ganzen Zweifel, die heute hier aufgetaucht sind und die seit Jahren schon das Leben der Region beinträchtigen, ausgeschlossen hätte. Es wurde aber von der Regierung nur zugestanden — und, wie gesagt, erst nach langen Verhandlungen — den heutigen Art. 14 im Wortlaut des Art. 118 der Verfassung in das Statut aufzunehmen.

Unsere Vertreter wiesen schon damals auf die Notwendigkeit hin, diesen Artikel in das Statut aufzunehmen, da vorauszusehen war, dass die Region, einmal gebildet, die Tendenz haben würde, von ihren Befugnissen nichts abzugeben und dass die Provinzen nicht jene Verwaltungsbefugnisse erhalten würden, die ihnen jedenfalls nach Absicht der bevollmächtigten Vertreter, die in unserem und im Namen des ganzen Südtiroler Volkes in Rom verhandelten, zustehen sollten.

Es wurde deshalb dringend gefordert und schliesslich erreicht, auch für die autonome Region eine Verwaltungsdezentralisierung festzulegen. Es wurde darauf hingewiesen, dass sonst der Zweifel hätte aufkommen können — und die Debatten dieser Tage bestätigen es — ob nicht die Region als Körperschaft eine weitere Dezentralisierung entbehrlich machen würde, da sie ja territorial nicht so umfassend ist wie der Staat. Deshalb wurde darauf bestanden und die Aufnahme einer Bestimmung über die Verwaltungsdezentralisierung erreicht, wie sie der Wortlaut des Art. 14 eben vorsieht.

Was hätte es auch für einen Sinn gehabt, den Artikel in das Statut aufzunehmen, wenn man ihn nicht durchführen wollte oder in einer Weise interpretieren will, die jedenfalls den Verhandlern nicht gegenwärtig war und nicht gegenwärtig sein konnte, als sie befriedigt nach Hause kamen und sagten: Drei Säulen, auf denen unsere Autonomie sicher gegründet sein wird, haben wir errichten können. Das eine ist die Provinzautonomie mit ihren eigenen Obliegenheiten, das andere ist der Umstand, dass wir bei der Bilanzabstimmung eine entscheidende Stimme haben, um dadurch die Finanzen der Region massgeblich zu beeinflussen, und die dritte Säule ist der Artikel 14.

Wir haben jahrelang gewartet und haben gehofft, dass bei den Auseinandersetzungen über den Art. 14 der Geist wieder auflebe, der zweifellos der Anlass war, ihn seinerzeit in das Statut aufzunehmen. Nur deshalb wollte ich das Wort ergreifen — da ja über den Artikel als solchen ausgiebig und lange diskutiert wurde und vielleicht weitere Erklärungen zusätzlicher Art eher schädlich sein mögen als nützlich — um aus der

Erfahrung der eigenen Familie zu sprechen, da ja mein Bruder an den Autonomieverhandlungen an hervorragender Stelle beteiligt war und durch seine persönlichen Eindrücke das bestätigen kann, was ich jetzt ausgeführt habe. Ich glaube daher, nur das wiederholen zu können, was der Regionalratspräsident mehrmals betont hat: er wisse uns im guten Glauben, wenn wir das fordern, was wir durch den vorliegenden Gesetzentwurf zum Ausdruck bringen.

(Segue traduzione).

PRESIDENTE: Altri chiede la parola?

BRUSCHETTI (D.C.): Vorrei chiedere se adesso trattiamo l'ordine del giorno, o se rifacciamo un'altra volta la discussione, perchè mi sembra che l'ultimo intervento faccia parte della discussione.

PRESIDENTE: Io dò ragione a lei; gli interventi si devono limitare all'ordine del giorno. Chi chiede ancora la parola?

SCOTONI (P.C.I.): Voterò contro questo ordine del giorno, perchè votando a favore sarei in contraddizione con l'ordine del giorno del quale sono firmatario e che verrà successivamente discusso e che ho presentato successivamente al discorso nel quale Mitolo aveva accennato a quelle idee che poi ha concretizzato.

Ma, a parte questo problema di contraddizione, vi sono anche altri due argomenti: il primo è che, secondo me, le difficoltà insite nell'art. 14 non sono tanto di natura interpretativa o altro, ma sono in noi, in tutti noi, perchè la formulazione credo che sia tale da poter essere attuata. E' stato sostenuto che lo Statuto non si concilia con il progetto di legge in esame; posso convenire, ma se dovessi convenire che bisogna cambiare l'art. 14, dovrei anche convenire che il progetto di legge è la fedele interpretazione dell'art. 14, cosa che non ritengo. Credo che l'art. 14 possa essere attuato in maniera diversa e reso armonico, nella misura in cui questo è possibile, perchè la perfezione non si raggiunge mai, essere reso armonico anche con le altre disposizioni dello Statuto. Terzo motivo è che se venisse accettata questa proposta, si rinvierebbe la cosa non alle calende greche ma al prossimo millennio.

MITOLO (M.S.I.): Non hai molta fiducia nei lavori del Parlamento!...

SCOTONI (P.C.I.): Perchè il problema che noi affrontiamo ha molti punti di analogia con il

problema dell'art. 118, e molte delle difficoltà di armonizzare questo articolo con il resto dello Statuto si presenteranno anche di fronte alle altre Regioni; quindi noi, riaprendo la discussione su questo tema, l'apriremmo anche sull'art. 118, sul quale, fra il resto, il Parlamento, a torto o a ragione, ha riconfermato il suo punto di vista con la legge sull'attuazione delle Regioni a Statuto comune. Perciò non è stata una cosa improvvisata della Costituzione, ma rivista, riesaminata, ristudiata alcuni anni dopo, e quindi la nostra azione non potrebbe sortire alcun effetto pratico.

**PRESIDENTE:** Pongo ai voti l'ordine del giorno preletto, a firma del cons. Mitolo: 1 favorevole, maggioranza contraria, 11 astenuti. L'ordine del giorno è respinto.

Ordine del giorno a firma Scotoni e Nardin, del seguente tenore:

*Il Consiglio Regionale*

*ritenendosi, sempre nei limiti dettati dallo Statuto, l'unico organo competente responsabile a determinare fra le varie, teoriche e possibili soluzioni dell'art. 14 quelle che meglio assicurano la pratica funzionalità e attuazione sia della norma stessa come dell'apparato burocratico, e ciò ai fini di meglio corrispondere alle esigenze dei cittadini come pure al buon andamento delle varie attività amministrative,*

*ritiene*

*necessario procedere alla delega di funzioni amministrative iniziando con quelle attinenti alla materia dell'agricoltura e foreste.*

*Ritiene però anche che nel delegare le predette funzioni dovranno ricercarsi soluzioni che possano incontrare la convinta adesione della maggioranza del Consiglio Regionale e garantire i diritti e gli interessi di tutti i cittadini, siano questi dell'uno o dell'altro gruppo etnico.*

*Pertanto le leggi delega dovranno corrispondere alle esigenze di:*

- 1) elaborare formulazioni giuridiche quanto più possibile semplici e univoche;*
- 2) assicurare ai cittadini interessati la possibilità di ricorso dal delegato al delegante, e ciò in misura tanto più ampia in vista della carenza del Tribunale di giustizia amministrativa;*
- 3) consentire all'amministrazione regionale oltre alla facoltà di intervento sostitutivo, nel caso in cui l'amministrazione delegata non assolva i propri compiti, anche quella di predisporre un minimo ma pur necessario coordinamento;*
- 4) rendere praticamente possibile la revoca delle deleghe ad un ente per affidarla ad altri o per*

*esercitare direttamente l'attività oggetto della delega stessa;*

- 5) conservare al Consiglio Regionale la competenza a determinare, in sede di approvazione del bilancio, la ripartizione dei mezzi finanziari fra le varie attività, nonché l'effettivo esame dei consuntivi, e tutto ciò anche ai fini di non eludere le garanzie a favore dei gruppi etnici e delle minoranze previste dall'art. 73 dello Statuto.*

*Il Consiglio Regionale ritiene ancora che per quanto riguarda gli uffici e il personale addetto si proceda — salva una diversa possibile soluzione da esaminarsi successivamente — ponendoli alla dipendenza funzionale degli enti delegati.*

**SCOTONI (P. C. I.):** Mi voglio scusare se per l'ennesima volta prendo la parola ma, a parte tutto, io credo che parlando e scambiandoci opinioni, idee, pareri, anche contrastanti, tuttavia qualche cosa di utile si faccia, un certo avvicinamento si compia all'obiettivo che è davanti a noi, e che se vogliamo assolvere al nostro compito dobbiamo veramente risolvere. L'art. 14 è un articolo che pone varie alternative: vi è quella eccezionale della gestione diretta, vi è quella normale che si differenzia fra la delega e l'uso degli uffici, di altri enti e istituti. Questo per me è il fondamento sostanziale. Nell'applicarlo occorre seguire due criteri: uno, tener conto e tener presente il desiderio-diritto — lasciatemi usare questo termine, che non è molto proprio ma che tuttavia penso possa esprimere il mio pensiero — del gruppo etnico di lingua tedesca di autoamministrarsi — dico «autoamministrarsi» e non «autogovernarsi» — nelle materie previste dagli articoli che elencano le competenze regionali. Tale desiderio quindi incontra dei limiti e impone anche certe cautele che il cons. Brugger non deve sentire come una offesa, per lo meno nel momento in cui io le esprimo. Non voglio entrare a giudicare se ha ragione lui a respingerle o se hanno ragione gli altri ad ammetterle. Voglio però rilevare che già il solo fatto che queste riserve e che questi timori vengano espressi, ha una sua rilevanza della quale non si può non tenere conto. Lei ha detto: «in otto anni ci siamo comportati bene». Ce ne vorranno forse 16 o 18 per smorzare quelle apprensioni che, a ragione o a torto, sussistono, e quindi non si può pretendere che di colpo cadano quelle riserve che possono essere state espresse. Perciò non dovete temere se certe disposizioni possono anche irritare una vostra sensibilità, perchè vedo che anzi queste servono a tirar via delle preoccupazioni, ad annullare dei timori e a rendere più tranquilla

la situazione e il clima nel quale tutti in fondo dobbiamo vivere e operare.

Il secondo criterio è quello della funzionalità che parte da una premessa, che è il decentramento, perchè nell'esaminare la funzionalità credo che laddove non si incontrino delle validissime ragioni che si oppongano al decentramento agli enti, alle deleghe e via dicendo — questo termine «decentramento» lo uso in senso lato, comprende quindi delega, uso degli uffici e via dicendo —, si debba propendere per questa forma e non per il contrario.

Guidati da questi due criteri, si devono esaminare le singole competenze amministrative che erano dello Stato e che in forza dello Statuto sono passate alla Regione, ed esaminarle una per una per vedere per ognuna di esse quale strada è giusto seguire: se la strada della gestione diretta che deve essere, lo dico ancora, un'eccezione, oppure quella della delega alle Province, oppure della delega ai Comuni, oppure della delega ad altri enti, o l'usare degli uffici delle Province, o l'usare degli uffici dei Comuni, o l'usare degli uffici di altri enti. Sono sette queste possibilità: una eccezionale e sei normali. Alcune però delle sei finiranno col cadere; non sarà neanche necessario approfondirne la possibile applicazione perchè ci sono certe materie che ovviamente non potrebbero essere svolte affidandole a determinati enti o anche agli stessi Comuni; altre invece io penso che molto utilmente potrebbero essere affidate a questi. Non è tuttavia questo un lavoro estremamente lungo, perchè una volta che si siano fissati alcuni principi fondamentali, non dovrebbe essere difficile, avendo queste tracce, questo piano di lavoro, applicare poi alle singole leggi, alle singole disposizioni, l'esame che ho indicato.

Per conto mio nella ripartizione si dovrebbe tenere conto non di una ripartizione per materia, ma di una ripartizione per funzioni. E penso che potrebbero essere utilmente affidate o delegate agli uffici della Provincia, dei Comuni o degli altri enti tutte quelle funzioni che hanno prevalentemente un carattere dispositivo, mentre penso che dovrebbero essere riservate all'amministrazione regionale quelle funzioni che, forse con un termine improprio ma che credo possa essere compreso, chiamerei «funzioni di governo». Cioè in una stessa materia una medesima legge prevede una serie di attribuzioni, alcune riservate ai vertici della gerarchia amministrativa, altre invece affidate agli enti subalterni. Credo che quelle affidate ai vertici potrebbero normalmente essere lasciate alla Regione.

Questo salva il problema del «normalmente», perchè questi atti più importanti sono indubbia-

mente quelli che meno frequentemente vengono svolti, perchè, non so, l'esame delle domande per un contributo su di una certa legge saranno certamente molto più numerose che non quelle per la decisione di costituire un consorzio interprovinciale, per fare un esempio che calza come calza, ma forse riesce ad esprimere quello che voglio dire. Potrà questo nuovo esame, che noi implicitamente ed esplicitamente proponiamo con questo ordine del giorno, riuscire inutile? Credo di no. Purchè sia fatto senza pregiudizi, nel senso etimologico della parola.

La Commissione ha dato i risultati che ha dato, che non credo si possano ritenere negativi e trascurabili, per due ragioni fondamentali, che ho cercato di dire ieri: e cioè che il tempo effettivo a disposizione è stato estremamente limitato, e che vi era quella promessa che era stata fatta ad uno dei due gruppi, promessa che non poteva non portare i rappresentanti di questo gruppo a cedere quanto meno possibile, perchè sapevano già che comunque la loro proposta sarebbe potuta andare avanti fino ad un certo punto, promessa che certamente ha dimostrato accondiscendenza, comprensione da parte del gruppo della D.C. nei confronti del gruppo del S.V.P., che però non mi sembra abbia dimostrato altrettanta comprensione e accondiscendenza al problema che era quello di applicare l'art. 14, anzi, lo ha reso molto più difficile. Riconfermo ancora che la Corte Costituzionale non potrà sostituirsi al Consiglio Regionale nella scelta politica e amministrativa che dovrà essere fatta. Lo potrebbe in ipotesi se potessimo sottoporre a questo organo, non più come organo giurisdizionale ma come organo consultivo, una serie di progetti graduati per vedere quale di questi progetti sia più o meno corrispondente all'art. 14. Ma su un unico progetto questo non può essere fatto. E comunque seguendo quella strada, che so verrà ugualmente percorsa ma che tuttavia mi permetto di criticare, si manderanno anche in questo caso le cose molto alla lunga, molto lontano; mentre invece accettando le proposte che formuliamo, non solo per riconfermare questa nostra opinione, ma per precisare quelli che comunque riteniamo debbano essere i criteri informativi della legge, potremmo al massimo entro la fine di settembre avere già un pratico inizio di attuazione dell'art. 14. Nell'altro caso invece lo lasceremmo in eredità, probabilmente non molto gradita, a coloro che dopo di noi verranno in questa aula.

BRUGGER (S.V.P.): Come gruppo della S.V.P. voteremo contro questo ordine del giorno, precisamente per il fatto che esso contiene bensì

delle idee le quali già sono contenute nel nostro progetto, ma tuttavia tende ad un ulteriore rinvio della nostra legge attualmente presentata. Noi ci siamo accordati nel senso che la nostra legge venga presentata e discussa e votata adesso. Anche se, forse, si potrebbe discutere su eventuali perfezionamenti a questa legge, noi riteniamo che la necessaria discussione e l'elaborazione che abbiamo fatto della legge sono state veramente serie e riteniamo che adesso non possano intervenire ulteriori indugi. Specialmente non possiamo essere d'accordo con questo ordine del giorno soprattutto perchè prevede la dipendenza funzionale degli uffici, mentre noi chiediamo e prevediamo nel nostro progetto — e questo è stato un punto-cardine delle nostre richieste — il passaggio degli uffici stessi.

MITOLO (M. S. I.): Le ragioni per le quali sono costretto a votare contro questo ordine del giorno sono le stesse addotte prima dal Consigliere dell'estrema sinistra nel dichiarare di votare contro il mio. Sarei in contraddizione con la tesi che sostengo, e cioè che per risolvere il problema dobbiamo assumere la responsabilità di una radicale modifica, se votassi a favore di questo ordine del giorno, che ne raccomanda l'applicazione. Non ho prima replicato a Scotoni quando ha mostrato di temere che la mia proposta avrebbe avuto attuazione alle calende greche; si trattava di una proposta di legge di un articolo unico, e per quanto la procedura di approvazione da parte del Parlamento di questa modifica di una legge costituzionale sia una procedura speciale, tuttavia non credo che il Parlamento avrebbe impiegato dei mesi ed anni per approvare un progetto di legge, che, ripeto, consisteva in un unico articolo. Probabilmente quando avremo la decisione della Corte Costituzionale, se l'avremo, saremo già alle calende greche molto di più che non se fossimo andati al Parlamento.

ODORIZZI (Presidente della Giunta - D. C.): Brevemente voglio dire che mi asterrò dalla votazione di questo ordine del giorno, pur essendo convinto che nell'elencazione di questi criteri potrebbe trovarsi un buon orientamento per la soluzione del problema. Al punto in cui siamo, io so che uno stato di convinzione su questi criteri da parte del gruppo del S.V.P. non si crea, ed allora non c'è altro modo di venirne fuori che dare il via ad una legge che possa essere oggetto di una pronuncia. Se avessi una minima speranza che uno stato di convinzione su questi criteri è possibile, pregherei tutti di accettarlo, perchè, per me, sarebbe una buona strada per la soluzione del problema.

PRESIDENTE: E' posto ai voti l'ordine del giorno preletto: 6 favorevoli, 14 contrari, 14 astenuti. L'ordine del giorno è respinto.

Adesso procediamo alla votazione con la quale si decide di passare alla discussione articolata della legge.

MITOLO (M. S. I.): Mozione d'ordine: prima di passare alla discussione articolata devo ritornare sulla pregiudiziale che ho fatto ieri. Per me il progetto di legge posto all'ordine del giorno non può essere esaminato dal Consiglio perchè prima doveva essere esaminato dalla Commissione consiliare competente, per la materia che esso regola. La Commissione che era stata nominata dal Consiglio doveva o presentare un proprio progetto, che sarebbe stato il frutto del proprio lavoro, e portarlo al Consiglio, o altrimenti fare proprio il progetto di legge del gruppo consiliare del S.V.P. e presentarlo, con le firme dei membri della Commissione, alla discussione. Se questo progetto di legge recasse le firme dei membri della Commissione dei 9 noi potremmo discuterlo; siccome invece è un progetto di legge consiliare, a norma del Regolamento esso deve e doveva prima passare alla Commissione apposita. Non essendo passato per la Commissione, il progetto di legge non può e non poteva essere posto all'ordine del giorno, e perciò non può essere sottoposto all'esame del Consiglio. Quindi chiedo che su questa pregiudiziale il Presidente mi dia una risposta, e soprattutto ponga, se ritiene, la questione al Consiglio, in modo che su di esso lo stesso si pronunci.

PRESIDENTE: Su questa questione procedurale possono parlare due oratori pro e due contro. Per me questa questione procedurale non doveva essere fatta adesso ma prima della discussione generale sul progetto di legge, per cui per me porre adesso questa questione è fuori tempo.

ALBERTINI (Presidente della Giunta Prov. di Trento - D. C.): Mi pare che Mitolo sia in errore, nel senso che il progetto di legge di iniziativa consiliare è stato trasmesso al Presidente del Consiglio, il quale Presidente del Consiglio, a termini di Regolamento, lo ha trasmesso, dopo che è stato votato l'ordine del giorno per la costituzione della Commissione, alla Commissione speciale che, secondo la deliberazione del Consiglio, sostituiva la Commissione normale. Questo abbiamo discusso anche, mi pare, nell'Ufficio di Presidenza. Comunque è stata votata in Consiglio questa questione, ed il Consiglio ha deciso — basterebbe prendere il verbale della seduta — perchè ci siamo premurati di vedere se eravamo competenti

ad esaminare il progetto di legge, e dopo aver consultato il Consiglio Regionale questo disegno di legge è stato trasmesso regolarmente a me, e io l'ho sottoposto alla Commissione, che lo ha fatto proprio nel senso che la Commissione ha votato il disegno di legge, con 3 voti favorevoli, 1 contrario e 5 astensioni. Il disegno di legge quindi, con il voto della Commissione, è stato trasmesso regolarmente al Consiglio secondo la procedura del Regolamento. Non occorre che il disegno di legge sia sottoscritto dalla Commissione; nessuna Commissione ha mai sottoscritto i disegni di legge di iniziativa consiliare o della Giunta: uno è il proponente che firma il disegno di legge, altro è il voto della Commissione che compie uno studio preliminare all'atto decisivo del Consiglio. Noi abbiamo esaminato il disegno di legge e siamo rimasti su quelle posizioni di cui alla nostra relazione, ma non c'è dubbio che il disegno è regolare ed è stato trasmesso tramite la Commissione ad hoc, istituita dal Consiglio.

MITOLO (M. S. I.): Posso replicare?

PRESIDENTE: No. Ho detto, nella seduta in cui è stata sollevata la questione: «Se la Commissione dell'art. 14 è facoltizzata da sola a discutere disegni di legge concernenti l'art. 14, avremo disegni di legge che andranno solo alla Commissione dell'art. 14; vi potranno invece essere progetti di legge che andranno alla Commissione legislativa competente, ma anche per quelli sentiremo la necessità di chiedere il parere della Commissione per l'art. 14». Quindi ho distinto fra disegni di legge che entrano nella materia del diritto agrario, cioè nella materia dell'agricoltura, e in tal caso sarebbero dovuti andare alla Commissione legislativa, mentre questa è una pura legge organizzativa che non entra nelle materie di diritto agrario come tale, e allora, alla conclusione del dibattito, distinguendo fra una legge di carattere funzionale organizzativo e una legge che entra in materia dell'agricoltura, ho detto che questa legge andrà solo alla Commissione dell'art. 14. Comunque, la questione doveva essere sollevata prima e non in questo momento. Lei insiste che venga votata questa proposta?

MITOLO (M. S. I.): Sì, sì!

PRESIDENTE: Chi è d'accordo con la proposta di Mitolo che questa legge debba andare alla Commissione legislativa per l'agricoltura, alzi la mano. E' respinta a maggioranza.

MITOLO (M. S. I.): Ma il verbale non c'è l'ho, io!

PRESIDENTE: Ora il Consiglio deve decidere per alzata di mano di passare alla discussione articolata della legge. Chi è d'accordo? E' stato votato il passaggio alla discussione articolata con 18 sì, 9 astenuti, 1 contrario.

Io avrei l'intenzione di continuare domani, e finire, iniziando con la discussione degli articoli; poi, approvata o non approvata la legge, si passa alla trattazione delle interrogazioni ed interpellanze. Siccome però domani è assente il Presidente della Giunta, sarei disposto, qualora gli interpellanti o gli interroganti lo desiderino, di trattare ora quelle interpellanze o interrogazioni che sono dirette al Presidente della Giunta, ma solo queste, poi trattare domani, alla fine della seduta, le altre che non interessano il Presidente della Giunta. Se gli interroganti lo desiderano, altrimenti quelle interrogazioni andrebbero alla prossima seduta del Consiglio che con ogni probabilità avverrà il giorno 3 luglio.

DEFANT (P. P. T. T.): Signor Presidente, la Sua proposta sarebbe ragionevole se il treno partisse alle ore 21, anziché alle 18.53. Costringere un Consigliere a rimanere fino alla mezzanotte o quasi a Bolzano per la semplice trattazione delle interrogazioni, mi sembra un po' troppo!

PRESIDENTE: Ma non tutti i Consiglieri devono restare, resteranno solo gli interroganti.

DEFANT (P. P. T. T.): Appunto!

PRESIDENTE: Perciò ho chiesto se lo desiderano quelli che hanno presentato interrogazioni. Noi domani continuiamo con la discussione della legge, oggi ho proposto di trattare solo le interrogazioni che si riferiscono al Presidente della Giunta.

DEFANT (P. P. T. T.): Ne ho presentate tre!

PRESIDENTE: Se i Consiglieri hanno desiderio ed interesse, le esaminiamo, se non lo desiderano andremo al 3 luglio. Allora, visto che nessuno chiede che vengano svolte adesso le interrogazioni di cui ho detto poc'anzi, chiudiamo la seduta. Domani si svolgeranno tutte le interrogazioni, salvo quelle che si riferiscono al Presidente della Giunta, il quale sarà assente, e che saranno discusse al primo punto dell'Ordine del giorno della seduta del 3 luglio.

La seduta è tolta, si riprende domani alle 9.30.

(Ore 18.45).